Einzelpreis 150 Mark | Halle, Freitag, den 9. März | Jahrg. 1923 • Nr. 58

Schriftleitung: Harz 42/44. Fernruf Nr. 4667. Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem täglich. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen" und „Unserer Jugend". Unverlangt eingesandt. Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion: mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan bergenossenschaftlich. u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. Buchhandlg. u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 203 19 Erfurt. Bezugspreis für März: wöchentl. 800 Mk., monatl. 3200 Mk., inkl. 50 bzw. 200 Mk. Zustellungsgebühr. Für Selbstabholer 750 Mk. wöchentl., 3000 Mk. monatl. Durch die Post bezogen monatl. 3000 Mk. Anzeigenpreise: Die 10gespalt. Millimeterzeile 120 Mk., als Reklame im Textteil 500 Mk. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormitt. für die laufende Nr.

Englisch-deutsch-russisch-amerikanischer Bund?

Zur Brechung des französischen Widerstandes.

Vorschlag der internationalen Gruppe des englischen Unterhauses. • Herabsetzung der deutschen Schulden auf zirka 50 Milliarden. • Mindestens zweijähriges Moratorium. Internationale Schuldenregelung.

London, 9. März. (WTB.)

Laut „Times" befaßt sich die „internationale Gruppe" von Mitgliedern des Unterhauses mit einer Denkschrift über die Fundierung der internationalen Schulden, in der es heißt, einem Wirtschaftsbündnis zwischen England, Rußland, Deutschland und den Vereinigten Staaten würde selbst Frankreich, die erste Militärmacht Europas, nicht Widerstand leisten können. Die Schuldenfrage hänge intern von der Regelung der deutschen Reparationen ab. Gegenwärtig sei es Deutschland wahrscheinlich unmöglich, überhaupt irgend etwas zu bezahlen. Um eine Grundlage zu finden, sollte die Lage unter der Annahme geprüft werden, daß die deutsche Schuld an England in Höhe der englischen Schuld an Amerika, das sind 920 Millionen Pfund, festgesetzt würde. Es wird dann ein Vertrag vorgeschlagen, nach dem Deutschland an Reparationen ausschließlich des Betrages für die verwüsteten Gebiete insgesamt 2668 Millionen Pfund zu zahlen habe. Wenn Deutschland Großbritannien 920 Millionen Pfund bezahlt, erklärt sich Großbritannien bereit, alle ihm aus dem Kriege geschuldeten Summen zu streichen; wenn Amerika 920 Millionen Pfund von England erhält, erklärt es sich bereit, alle übrigen Kriegsschulden zu streichen. Ferner soll Deutschlands Gesamtschuld fundiert werden und ihm ein Moratorium von mindestens 2 Jahren gewährt werden. Die verschiedenen Länder garantieren die östlichen Grenzen Frankreichs, das sich auf eine Linie zurückzieht, die es vor dem Einbruch ins Ruhrgebiet eingenommen hat. Die Vereinigten Staaten sollen ersucht werden, wenn sie diesen Plan billigen, eine Weltkonferenz unter Teilnahme Deutschlands und Rußlands einzuberufen. Bezüglich Rußlands wird erklärt, es könne angenommen werden, daß Rußland jetzt bereit sei, Garantien zu geben, die die übrigen Mächte zur de jure-Erklärung veranlassen würden.

•

Soweit das vorgeschlagene Wirtschaftsbündnis keinen aggressiven Charakter gegenüber Frankreich trägt und nur den Zweck verfolgt, den französischen Machthabern zum Bewußtsein zu bringen, daß eine einzige Nation, so stark sie auch immer sei, nicht gegen die ganze Welt zu herrschen vermag, könnten auch wir uns mit ihm einverstanden erklären. Die vorgeschlagene internationale Schuldenregelung bewegt sich auf der Linie dessen, was von dem Sachverständigen-Konsortium als vernünftig und durchführbar vorgeschlagen worden war. In Paris wird man natürlich eine solche Regelung wie bisher ohne weiteres verwerfen. Um so notwendiger erscheint es uns, daß die deutsche Reichsregierung bei den Vorschlägen der internationalen Gruppe des Unterhauses anknüpft und die öffentliche Meinung der Welt darüber orientiert, daß das deutsche Volk jeder vernünftigen Reparationsregelung freudig die Hand bietet. So werden jene internationalen Kreise in ihrem lobenswerten Tun bestärkt, die die französische Gewalt- und Rachepolitik als ein großes Unglück für die Völker betrachten und darum mit allen Kräften bemüht sind, die drohende Weltkatastrophe abzuwenden.

Der deutschen Reichsregierung aber obliegt die Pflicht, unermüdlich die Bemühungen der Friedensfreunde der gesamten Kulturwelt zu unterstützen, was am besten dadurch geschieht, daß der unerschütterliche Friedens- und Verständigungswille des deutschen Volkes unablässig ohne „Hörner und Zähne" der Welt kundgetan wird. Also heraus aus der passiven Verständigungsbereitschaft und übergegangen zur aktiven Betätigung des Verständigungswillens vor den Augen der gesamten Kulturwelt!

Das ist die beste Unterstützung des sittlichen Abwehrkampfes im Ruhrgebiet.

Die Komödie für die Boulevard-Zeitungen.

Die französische Volksküchenpolitik.

Auf 19 Bergarbeiter ein Soldat. • „Wohltäter" Militarismus. Stoff für die Pariser Photographen.

Aus Dortmund wird uns von parteigenössischer Seite geschrieben.

Die bisher aus dem Ruhrgebiet gekommenen Meldungen über das Treiben der Besatzungstruppen stammten zumeist aus den Großstädten. Aber auch in den Landbezirken haben die fremden Gewalthaber kein humaneres Regiment geführt. Auch hier vollführt eine riesige Truppenmacht rücksichtslos die Durchführung der militärischen Anordnungen. Im Dortmunder Landkreise kommt auf je 19 Bergarbeiter ein französischer Soldat. Für die Zwecke der Besatzungstruppen wurden in diesem Bezirk 122 Schulräume beschlagnahmt. Infolgedessen mußte der Schulunterricht für 1533 Kinder eingestellt werden. Ohne jede Rücksicht werden die Requisitionen durchgeführt. Einem unserer Genossen, der in seiner Gemeinde einen hervorragenden Verwaltungsposten einnimmt, wurde das einzige ihm zur Verfügung stehende Bett genommen. Waschkessel sind fast keine mehr vorhanden. Man nimmt an, daß die Franzosen sie requiriert haben, um mit ihrer Hilfe Volksküchen einzurichten, die wiederum dazu dienen sollen, die Arbeiterschaft zu ködern. Wie in den Städten, so werden auch auf dem Land Photographien unter Anwendung von Gewalt hergestellt, um den Parisern zu zeigen, wie „begeistert" ihre „Helden" begrüßt werden. Mit vorgehaltenem Revolver zwingt man die Straßenpassanten, die Hände zu erheben. Unter anderem wurde ein Arbeiter dazu gezwungen, einem reitenden Offizier die Hand zu reichen. Der Photograph trat in Funktion, und wenige Tage später konnte man in Pariser Blättern sehen, wie „herzlich" die deutschen Bergarbeiter die Eindringlinge begrüßen. Diese Manöver können natürlich nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß, wie in den Städten, so auch auf dem Lande eine namenlose Erbitterung gegen die Franzosen herrscht.

Die „Eroberung" Dortmunds.

Umzingelung der Stadt, Besetzung des Rathauses, Entwaffnung der Schupo.

Münster, 9. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die am Mittwoch besetzten Bahnhöfe Weitmar, Langendreer und Laer sind wieder geräumt. Die Beute der Franzosen war gering und unbedeutend. Am Mittwoch ist auch der Bahnhof Dornap bei Elberfeld, am Donnerstag der Bahnhof in Dortmund besetzt worden. In Dornap haben die Franzosen in den Betrieb bisher nicht eingegriffen.

Am Donnerstagmorgen gegen 6 Uhr ist in Dortmund, nachdem es von allen Seiten umstellt war, die Innenstadt und das Rathaus von französischen Truppen aller Waffengattungen besetzt und die Schutzpolizei entwaffnet worden. Der Polizeiverwalter in Dortmund, Regierungsrat Dr. Kielhorn, wurde verhaftet und abgeführt. Desgleichen wurden einige Kommunal- und Kriminalpolizeibeamte festgenommen. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist der Kommunalpolizei in Uniform in Stärke von 600 Mann gestattet worden. Weiter wurde am Donnerstag in Frohenbaum bei Dortmund und in Hörde eine Schupowache entwaffnet und ausgehoben. Die Beamten wurden abtransportiert. In Castrop sind am 4. März der stellvertretende Bürgermeister und der Vorsitzende des Beamten-Ortskartells wegen Plakatanschlags verhaftet worden. Der Rest der noch in Recklinghausen befindlichen Polizeibeamten wurde im Laufe des Donnerstags ausgewiesen. Die „Kommunistische Arbeiterzeitung" in Duisburg ist von den Franzosen vom 5. bis 12. März verboten worden.

Im bergischen Land sind die in Wipperfürth einquartierten Truppen in Richtung Engelskirchen weitermarschiert. Gummersbach war bis Donnerstag abend nicht besetzt. In Hörde sind zur Ablösung der zur Entlassung kommenden Reservisten 200 Ersatzmannschaften für das dortige Infanterie-Regiment eingetroffen.

Besetzung des Rheinau-Hafens.

Beschlagnahme großer Kohlenmengen.

Mannheim, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

Am Donnerstagmittag setzten ungefähr 100 französische Infanteristen mit 10 Maschinengewehren in Booten über den Rhein und landeten auf dem badischen Ufer bei Altrip, gegenüber Speyer. Sie besetzten den südlich von Mannheim gelegenen Rheinau-Hafen, der aus vier Hafenbecken besteht und dessen Privateigentümer die Rheinaugesellschaft ist. Damit untersteht jetzt auch die letzte der drei großen Mannheimer Hafenanlagen französischer Willkür. Die Bedeutung des Rheinauhafens besteht darin, daß durch ihn die großen Industriewerke, die in dem Vorort Rheinau angesiedelt sind, mit Rohstoffen, vor allem Kohlen, versorgt werden. In dem Rheinauhafen lagerten große Kohlenmengen, die der Beschlagnahme anheimfielen. Der Vorort Rheinau selbst ist Station der direkten Eisenbahn Mannheim-Karlsruhe. Vorläufig ist der Zugverkehr nicht in Mitleidenschaft gezogen, da sich die Besetzung voraussichtlich nur auf den Hafen, aber nicht auf den Ort und den in einiger Entfernung liegenden Bahnhof erstrecken dürfte.

Auch eine Kulturtat.

Berlin, 9. März. (Sondertelegramm.)

Der Gattin des vom französischen Kriegsgericht in Mainz wegen Nichtbesoldung der neuen Ordonnanzen der Rheinlandkommission und Beteiligung an einem Beamtenprotest zu fünf Jahren Gefängnis und 15 Millionen Geldstrafe verurteilten Landrats Schwebel von Meisenheim wurde, als sie den Verhandlungsraum betreten wollte, der Ausweisungsbefehl wegen Gefährdung der Sicherheit der Besatzungstruppen überreicht. Es wurde ihr nicht gestattet, der Verhandlung beizuwohnen und von ihrem Gatten Abschied zu nehmen. Auch ließ man sie nicht zu ihren zwei, vier und sechs Jahre alten Kindern zurückkehren, schob sie vielmehr sofort im Auto über die Grenze des besetzten Gebietes ab.

Arbeitslohn und Volkswirtschaft.

Noch ist von einem Preisabbau — ausgenommen im Großhandel — in den Lebenshaltungskosten nichts zu spüren, aber schon ertönt mit derselben Pünktlichkeit wie in der Tschechoslowakei und in Deutschösterreich nach der Stabilisierung der Währung bei den Unternehmern der Ruf nach dem Lohnabbau. Man ist nicht so offen, den Lohnabbau als solchen zu propagieren. Nur die Erhöhung der Löhne wird verweigert. Da aber die bisherige Lohnpolitik sich darauf aufbaute, daß man nicht etwa die Löhne zugleich mit dem Dollar und mit den so herrlich beweglichen Warenpreisen erhöhte, sondern erst der Statistik den Vortritt ließ und die Löhne nur den nachgewiesenen Lebenshaltungskosten anpaßte, kommt die Verweigerung der Lohnerhöhung, nachdem die Teuerung im Kleinhandel nicht ihrerhar zurückgegangen ist, sondern im Gegenteil die Lebenshaltungskosten des Monats Februar viel stärker gestiegen sind als die Löhne, sachlich dem Lohnabbau gleich.

Die Unternehmer sind gewohnt, die Lohnfrage als eine Angelegenheit der Interessenpolitik zu behandeln. Wenn sie volkswirtschaftliche Argumente anbringen, so identifizieren sie ihre eigenen Interessen mit denen des Volkes. In Wirklichkeit muß die Verweigerung der Lohnerhöhungen, die jetzt in Berlin und anderwärts schwere Arbeitskämpfe heraufzubeschwören droht und Streiks nahezu unvermeidlich macht, zu den schwersten Schädigungen der Volkswirtschaft führen.

Schon jetzt macht sich am Warenmarkt eine erhebliche Absatzstockung bemerkbar, deren Wirkungen auf den Arbeitsmarkt unvermeidlich sind. Die Gründe dieser Absatzstockung liegen auf der Hand. Das Ausland hat keinen Anreiz mehr, deutsche Waren zu kaufen, nachdem infolge der Verbesserung der Valuta die deutschen Preise über die Weltmarktpreise hinaufgeschossen sind. Die Landwirtschaft wurde in der segensreichen Kriegs- und Nachkriegszeit mit Geld überschüttet, das sie zu einem großen Teil in Gebrauchsgütern angelegt hat. Von ihr und von den neuen Reichen, den Rittern der Börse, wurde Ware, d. h. Arbeitskraft, auf viele Monate im voraus gekauft. Sie haben für Industrieerzeugnisse nur noch einen verhältnismäßig geringen, auf manchen Gebieten fast gar keinen Bedarf und können warten, bis die Preise fallen. Die übrige Bevölkerung aber sah mit der Geldentwertung ihre Kaufkraft ihres Arbeitsverdienstes schwinden. Die Kleinrentner wurden, soweit sie sich nicht der Valuta durch irgendwelche spekulative Machenschaften anpassen konnten, von der Notenpresse ganz und gar erdrosselt. Das Ausland und die dünne Oberschicht des kaufkräftigen Publikums bestreikt den Warenmarkt; der ungeheure Bedarf der breiten Masse aber kann nicht befriedigt werden, weil es an Kaufkraft fehlt.

Die Regierung hat bisher nur versprochen, die Preise abzubauen. Mit derartigen Versprechungen, deren Durchführbarkeit noch sehr zu bezweifeln ist, kann man natürlich keine Lohnpolitik treiben. Kann man nicht die Kaufkraft der bedürftigen Massen derart steigern, daß damit auch die Absatztätigkeit der Industrie sich belebt. Die Industrie begründet die Forderung nach Lohnabbau mit der Gefahr der Absatzkrise. Baut sie aber die Löhne ab, so drosselt sie damit die Kaufkraft der Bevölkerung noch mehr. Sie verstopft so das einzige Ventil, durch das die mit der Geldentwertung überhitzte Produktion den Markt erreichen kann.

Die Lebenshaltungskosten waren im Februar nach der amtlichen Statistik auf den 2648fachen, im Januar auf den 1120fachen Vorkriegspreis gestiegen, nach den gleichen amtlichen Ermittelungen stellten sich die Wochenlöhne einiger Berufsgruppen gegenüber dem Friedensstand:

	Januar	Februar
Maurer und Zimmerer	602fache	—
Bauhilfsarbeiter	733 „	—
Bauarbeiter in Großberlin	—	1614fache
Bauhandwerker in Großberlin	—	1135 „
Holzfacharbeiter in Großberlin	—	1136 „
Holzarbeiter	706 „	—
Metallarbeiter (verheiratet)	695 „	—
Metallarbeiter in Großberlin vom 29. 1. bis 11. 2.		909fache
„ „ „ 12. 2.	„ 25. 2.	1445 „
	Januar	Februar
Fabrikarbeiter	838fache	—
Handwerker	838 „	—
Fabrikarbeiter in Großberlin vom 31. 1. bis 13. 2.		1194fache
Handwerker in Großberlin vom 31. 1. bis 13. 2.		1194 „
Betriebsarbeiter in Großberlin vom 31. 1. bis 13. 2.		1555 „
	Januar	Februar
Lebenshaltungskosten	1120fache	2108fache

Aus dieser Tabelle geht eindeutig hervor, daß die Steigerung der Löhne mindestens um 25 Prozent im Januar, dagegen um 40 bis 60 Prozent im Februar hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten zurückblieb. Not und Elend war Gast in allen Arbeiterfamilien, wo nicht ein glücklicher Zufall mehrere Familienmitglieder in die Lage versetzte, für den gemeinsamen Haushalt zu arbeiten. Inzwischen hat sich der Arbeitsmarkt, insbesondere für weibliche Arbeiter, verschlechtert. Beschäftigungslos sind viele Tausende von Mädchen, die sonst zur Erleichterung der Lebensführung der Familie beigetragen haben. Aber auch sonst nimmt

Vormittag 10 Uhr: Dollar 20500

Tendenz: befestigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230309-11/fragment/page=0001

die Arbeitslosigkeit allgemein stark zu. Selbst wenn man von den Beschäftigungslosen absieht, arbeiteten nach der amtlichen Statistik im Januar bereits 18 Prozent mit verkürzter Arbeitszeit. Jeder achte Arbeiter erhielt also bereits im Januar nicht einmal den Tariflohn, der ihm um die ausgefallenen Arbeitsstunden verkürzt wurde.

Unter diesen Umständen angesichts der steigenden Not noch die Löhne zu kürzen heißt Raubbau mit der Kraft des Volkes treiben, den Absatz ganz und gar zum Erliegen bringen und die Kaufkraft der Arbeiterschaft in der Abwehr um die Ruhr maßlos schwächen. Die Reichsregierung hat bisher einseitig für die Unternehmer Partei genommen. Es ist Gefahr im Verzuge. Nicht um die Arbeiterschaft allein, um den Bestand der Volkswirtschaft geht es, wenn man ohne nachhaltigen Preisabbau und auf Grund unsicherer Versprechungen die Löhne abbaut!

Die bayerischen Hochverräter.

Ihr Ziel: Die Bildung einer Donaukonföderation unter dem Protektorat Frankreichs.

München, 9. März. (Eig. Drahtbericht.)

Weder die fünfzehn Verhaftungen wegen des Versuches eines Hochverrats fehlen noch immer nähere amtliche Angaben. Unser Parteiorgan, die „Münchener Post", richtet an das Vorstandsmitglied der Vereinigten Vaterländischen Verbände, Minister Roth, die Frage, ob er nicht Auskunft geben könne, welchen Gruppen oder Geheimorganisationen die Verhafteten angehören, und deutet an, daß der soeben erfolgte Rücktritt des Herrn v. Kahr vom Vorsitz der Vaterländischen Verbände im Zusammenhang mit den Verhaftungen steht.

In unterrichteten Kreisen weist man anläßlich der Verhaftungen auf eine Rede des Nürnberger Großindustriellen Dr. Tafel, des Vorsitzenden des bayerischen Ordnungsblocks, vom 8. November 1921 hin. Diese Rede wird als augenblicklich höchst aktuell bezeichnet, da sie die geheimsten Absichten eines Teils der bayerischen Rechtsradikalen enthüllt. Dr. Tafel bekannte sich damals zu folgenden Anschauungen:

„Die Berliner Regierung erweist sich als unfähig, der vielen Nöte in Deutschland Herr zu werden. Der Reichswagen rollt unaufhaltsam dem Abgrund zu und muß früher oder später zerschellen. Darum ist es klüger, das gefährliche Fahrzeug zu verlassen, solange es noch Zeit ist. Bayern muß sich von Berlin unabhängig machen; Bayern ist kein selbständiges Wirtschaftsgebiet, folglich muß es sich an eine Großmacht anschließen; diese Großmacht kann nur Frankreich sein."

Die Verhaftung der Fuchs, Machhaus bedeutet einen weiteren Schritt zur Reinigung der politischen Atmosphäre. Auch in den Kreisen der äußersten Rechten in Bayern macht die Erkenntnis von der Gefährlichkeit der landesverräterischen Neigung der Pittinger, Tafel und Konsorten Fortschritte. So ist erst vor kurzem der Gesamtvorstand des Bundes Bayern und Reich, an der Spitze Dr. Pittinger, gesäubert und durch reichstreue Elemente ersetzt worden.

München, 9. März. (Eig. Drahtbericht.)

In führenden Kreisen der bayerischen Linkspartei bezeichnet man die Verhafteten Fuchs und Machhaus als die Agenten des französischen Gesandten in Wien, Allizé. Das Ziel des Umsturzes war die Abgrenzung Bayerns vom Rhein und Bildung einer Donaukonföderation unter französischem Protektorat. Das energische Zugreifen der bayerischen Staatsregierung gegenüber solchen offenkundigen landesverräterischen Bestrebungen ist zu begrüßen. Allerdings läßt die bayerische Staatsregierung gegenüber anderen rechtsradikalen Bestrebungen, vor allem der Nationalsozialisten, die in ihrer Wirkung ebenfalls als landesverräterisch zu bezeichnen sind, vorläufig noch jede Initiative vermissen.

Die Unverschämten

Die Reichsregierung hat den Umlagepreis für das fünfte Sechtel der Umlagemenge bekanntlich auf 600 000 Mk. je Tonne festgesetzt und für das im Januar abgelieferte vierte Sechtel 500 000 Mk. je Tonne bewilligt. Die Herren Agrarier sind mit dieser Preisfestsetzung natürlich nicht zufrieden. Es überrascht daher auch nicht, wenn der Brandenburgische Landbund in einer Entschließung seines Vorstandes sagt, die letzte Preisfestsetzung bringe „eine schwere Enttäuschung, weil sie weit hinter den Produktionskosten zurückbleibt." Wie wenig begründet diese „Beschwerde" der Landwirtschaft ist, zeigt die Tatsache, daß am gleichen Tage, an dem die Entschließung der märkischen Landwirte veröffentlicht wurde, an der Berliner Produktenbörse also im freien Handel der Zentner Roggen mit 28 500 bis 30 000 Mark bezahlt wurde, während der Umlagepreis für die gleiche Qualität und das gleiche Gewicht 30 000 Mark beträgt. Es sollte „es nicht wundern, wenn die Herren Agrarier jetzt mit größter Beschleunigung nicht nur das abzuliefernde Getreide, sondern auch noch die zu Spekulationszwecken zurückgehaltenen Bestände der Reichsgetreidestelle „großmütig" anbieten.

Vergleicht man die Hungerlöhne, die die Herren Agrarier den Landarbeitern zahlen, mit ihren unermeßlichen Forderungen an die konsumierende Allgemeinheit, dann tritt die volksausbeutende Tendenz des Großagrariertums noch deutlicher zutage.

Das Gesicht des Militarismus.

Die Zerstörungen der französischen Soldateska im Herner Volkshaus.

Daß selbst das unter schweren Opfern erworbene Gut der von den Franzosen bisher so umworbenen Arbeiterschaft vor dem Vandalismus der Militärs nicht sicher ist, beweist der Aufenthalt französischer Soldaten in unserem Herner Volkshaus. — Ein Parteigenosse berichtet uns u. a. darüber: Dieses Gebäude wurde am 17. Januar von französischen Automobiltruppen in Stärke von etwa 150 Mann besetzt. Am letzten Sonntag wurden die französischen Truppen aus dem Volkshause in andere Quartiere verlegt, nachdem sie die Stätte der Kultur zu einer Stätte der Verwüstung und Trostlosigkeit gemacht hatten. Von dem im großen Saal befindlichen Inventar ist fast alles verschwunden. Auf Grund der Inventuraufnahme des städtischen Besatzungsamtes fehlen 63 große Saalstühle, 431 Saalstühle, 24 Stühle mit Lederstyl und 138 andere Stühle. Weiter sind verschwunden 427 Stück Bierkrüge und aus den elektrischen Lichtkörpern 28 Birnen. Die Gasöfen sind vollständig durchgebrannt. Die Prüfung der Licht- und Gaszähler ergab einen Verbrauch von über 5 Millionen Mark an Gas und elektrischem Licht. Den noch vorhandenen Stühlen waren die Armlehnen und die Beine regelrecht abgesägt. Auch die Klapsitze der Galeriesitze waren größtenteils zum Heizen gebraucht. Bei über 100 Klappsitzen ist der Sitz herausgebrochen. Der Bühnenraum des Volkshauses ist bis auf den großen Vorhang vollständig ausgeplündert. Die Kulissen waren zerfetzt; sie sind zu Matratzen gebraucht worden. Einen ekelerregenden Anblick bieten die Aborte.

Ausdehnung der dänischen Bruderhilfe.

2000 Ruhrarbeiterkinder nach Dänemark. — Poincaré belchwert sich.

Die Hilfsaktion unserer dänischen Genossen zugunsten der Arbeiterkinder des Ruhrgebietes hat insofern eine Ausdehnung erfahren, als anstatt der ursprünglich in Aussicht genommenen 1000 Kinder jetzt 2000 Kinder auf die Dauer von drei Monaten in Dänemark untergebracht werden sollen. — Wie der „Soz. Parlamentsdienst" zuverlässig erfährt, hat Herr Poincaré die dänische Regierung wissen lassen, daß Frankreich die Aufnahme deutscher Kinder in Dänemark gerade nicht als ein Zeichen von Neutralität betrachten könne. Armer Poincaré!

Deutsche Protestnote.

Gegen die französisch-belgische Henkerjustiz im besetzten Gebiet.

Berlin, 9. März (WTB.)

Gegen die jüngste Strafverordnung der Rheinlandkommission, durch die dem deutschen-Eisenbahnpersonal die höchsten Freiheits- und Zuchthausstrafen, die Deportation nach belgischen und französischen Gefängnissen sowie die Todesstrafe angedroht werden, ist durch die deutschen Vertreter bei den Regierungen in Paris, London und Brüssel eine Protestnote überreicht worden. Diese verweist darauf, daß der Zweck dieser Strafbestimmungen, die von unerhörter Grausamkeit seien, allein darin liege, die deutschen Eisenbahnbediensteten zu zwingen, sich in Widerspruch mit ihrem Diensteid, ihrem vaterländischen Gefühl und ihrem Gewissen aktiv an der rechtswidrigen Aktion Frankreichs und Belgiens gegen Deutschland zu beteiligen. In diesen Bestrebungen ereichen die neuesten Verordnungen der interalliierten Rheinlandkommission, wie die deutsche Regierung verschiedentlich festgestellt habe, gegen Deutsche einen selbst im Kriege verbotenen Zwang. Die Leichtfertigkeit, mit der die Rheinlandkommission über Tod und Leben befindet, geht so weit, daß sie die Todesstrafe an Tatbestände knüpft, deren Dehnbarkeit der Willkür Tor und Tür öffnet. Daß in die Hand der militärischen Oberbefehlshaber auch die Bestimmung über die Art der Vollstreckung der Todesstrafe gelegt wird, kann nur, so schließt die Note, dahin ausgelegt werden, daß die Exekution von allen den Rücksichten befreit sein soll, die Humanität und Gerechtigkeitsgefühl auch dem schwersten Verbrecher in seiner letzten Stunde gewähren.

Das Berliner Radau-Parlament. Die gestrige Berliner Stadtverordneten-Versammlung mußte wieder einmal bei den Abstimmungen über Straßenumbennennung wegen ungeheuerlicher Tumultszenen geschlossen werden.

Verewigung des Steuerhinterziehungssystems

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. März. (Soz. Parl.-Dienst.)

Der Reichstag füllte seine Donnerstagsitzung mit der Generaldebatte zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen aus. Der Gesetzentwurf ist in mancher Beziehung unzureichend und wurde durch die bürgerlichen Parteien in dem Steuerausschuß noch verschlechtert. Er verändert die Tarife, die Bewertungsvorschriften, verlegt die Fälligkeitsfristen vor, führt Verzugszinsen für säumige Steuerzahler ein, aber er geht an dem Problem, die Steuern zu einer kursgesicherten Mark zahlen zu lassen, glatt vorbei. Die auf Wertbeständigkeit der Steuerschulden zielenden sozialdemokratischen Anträge sind im Steuerausschuß gefallen. — Unser Genosse

Eduard Bernstein

übte an dem Gesetzentwurf und den Beschlüssen des Ausschusses die notwendige Kritik. Er kündigte an, daß wir uns mit diesen Beschlüssen nicht zufriedenstellen werden lassen, die sogar die Regierungsvorlage noch abgeschwächt hätten. Die sozialdemokratische Fraktion werde entsprechende Verbesserungs- und Verschärfungsanträge stellen. Das ganze Gesetz sei eine Halbheit geblieben. Ueberhaupt wäre es nicht zu diesen enormen Steuerhinterziehungen gekommen, wenn man entsprechend dem Verlangen der Sozialdemokratie rechtzeitig die Steuergesetze an die Geldentwertung angepaßt hätte. Zwar war die Geldentwertung in so riesigem Ausmaße nicht vorauszusehen, wohl aber war doch mit einer starken Entwertung unseres Geldes zu rechnen und darauf hätte sich unsere Steuergesetzgebung einrichten müssen. Besonders eingehend beschäftigte sich Genosse Bernstein mit der ungeheuerlichen Bewertung der Grundstücke, deren Besteuerung in einem starken Mißverhältnis zu den enorm gestiegenen Bodenpreisen stünde. — Auch die bürgerlichen Redner konnten nicht ganz leugnen, daß der Gesetzentwurf große Schwächen aufweise. Sie trösteten sich aber alle damit, daß eine zufriedenstellende Lösung erst erreicht werde, wenn die Mark stabilisiert sei. Der Kölner Abg. Dr. Moldenhauer (DVp.), der als Aufsichtsrat der Badischen Anilin- und Sodawerke durch deren Geschäfte mit der französischen Regierung etwas bloßgestellt ist, sang ein bisheres Lied von den gestiegenen Produktionskosten bei der Landwirtschaft. Er warnte vor einer zu starken Anziehung der Steuerschraube und schien sich in bezug auf die Erfassung der Sachwerte in Gegensatz zu setzen zu der Rede Stresemanns vom Tage zuvor. — Abg. Helfferich gab am Donnerstag nur eine kurze Erklärung ab. Er wird wohl in den nächsten Tagen — die Beratung des umfangreichen und schwierigen Gesetzes wird mehrere Tage in Anspruch nehmen — noch hinreichend in die Debatte eingreifen. — Der alte agrarische Zentrumsführer Herold polemisierte gegen die Angriffe Bernsteins auf zu geringe kapitalistische Steuerzahlungen insbesondere bei der Landwirtschaft. Er behauptete, daß die sozialdemokratischen Anträge die Subhtanz angriffen und über das Ziel hinausschössen. — Eine ziemlich unglückliche kurze Rede hielt dann der Staatssekretär Zapf vom Reichsfinanzministerium. Auch er gab zunächst die Auffassung kund, daß eine wirklich zufriedenstellende Steuerleistung erst nach der Stabilisierung der Mark erreicht werden können. Die Meinungen im Auslande, daß der Besitz in Deutschland nicht genügend besteuert sei, erklärte der Staatssekretär als falsch. Wir hätten unsere Besitzsteuern aufs äußerste (!) angespannt. Eine Behauptung, mit der die deutsche Reichsregierung bei den kommenden Reparationsverhandlungen unter keinen Umständen durchkommen wird. Die Bemerkungen des Staatssekretärs machten in der sozialdemokratischen Fraktion einen schlechten Eindruck. Der Staatssekretär gab dann Aufklärungen über ein von einem sozialdemokratischen Provinzblatt veröffentlichtes Rundschreiben, welches dahin zerstanden worden war, daß die Unternehmer die Lohnsteuern erst am Schlusse des Jahres an die Finanzämter abzuführen hätten. Das sei ein Mißverständnis. Die Unternehmer müßten die eingesogenen Lohnsteuern spätestens 10 Tage nach dem Schlusse jedes Monats an das Finanzamt abliefern. Bei jenem Rundschreiben handle es sich nur um die schließliche Abrechnung am Jahresschlusse.

Die Weiterberatung wurde auf Freitag nachmittag vertagt.

Kein Kohlenmangel!

Ausführungen des Reichskohlenkommissars.

Im Hauptausschuß des Reichstags berichtete der Reichskohlenkommissar am Donnerstag über die Kohlenlage. Er führte aus, daß die Kohlenversorgung im allgemeinen gut sei und daß die Widerstandskraft Deutschlands an der Kohle nicht scheitern werde. Sowohl die Eisenbahnen, Gasanstalten, Elektrizitätswerke als auch die privaten Verbraucher in Industrie und Hausbrand verfügen noch über reichliche Bestände. Dazu sei eine gesteigerte Belieferung aus den nichtbesetzten Kohlenrevieren gekommen, in denen die Bergarbeiter zumeist Ueberschichten verfahren. Die Kohlen aus Polnisch-Oberschlesien und der Tschechoslowakei seien bisher in den üblichen Mengen geliefert worden. Knapper als in Kohlen stände es um den Koks, aber auch hier sei es möglich, durch Einfuhr und durch Sparmaßnahmen im Innern vor allen Dingen die Hochöfen und Gießereibetriebe in Gang zu halten. Durch Zubilfenahme der schlesischen Reviere und geeigneter Kleinkoksorten könne auch der dringende Bedarf an Schmiedekohle gedeckt werden.

Ein Weberdrama aus dem Jahre 1859.

Von Otto Ernst Hesse.

Heinrich Heines Gedicht aus dem Jahre 1844, das den schlesischen Weberaufstand in einen ewigen Rhythmus bannte, gilt gemeinhin als der einzige Vorläufer von Gerhart Hauptmanns Weberdrama. Es existiert aber auch ein Weberdrama, das man als Vorläufer Hauptmanns ansehen kann und muß. Allerdings ist so ziemlich ausgeschlossen, daß Hauptmann dieses Drama gekannt hat, als er seine Tragödie schrieb. Denn dieses erste Weberdrama, entstanden im Jahre 1859, ist heute noch ungedruckt und wohl auch verschollen. Eine Nachricht darüber findet man in Walter Dohns Buch: „Das Jahr 1848 im deutschen Drama und Epos", das ja heute, da wir die 75-Jahr-Feier der 48er Revolution begehen, besonders interessant ist. Walter Dohn hat dieses erste Weberdrama im Manuskript in der Hand gehabt, leider ohne genauere Angaben darüber zu machen. Es stammt aus dem Nachlaß des sächsischen Schriftstellers Hermann Semmig, der 1820 geboren wurde und 1897 starb. Semmig, der auch ein Epos „Robert Blum" schrieb und 1848 herausgab, nannte sein Drama: „Schloß und Fabrik oder die schlesischen Weber". Dohn berichtet über das Werk: „Es ist ein Vorläufer von Hauptmanns „Webern", vor denen es den Vorzug hat, daß die ergreifenden Bilder des Elends, einer furchtbaren Anklage gegen jenes Regierungssystem, das, blind gegen die Forderungen der Zeit, seinem Untergang entgegentreibt, von einer Zeitgenossin entworfen sind, dessen warmes Herz jenen Jammer unmittelbar empfand."

Im Jahre 1891 schrieb der Verfasser eine Vorrede oder Nachrede zu seinem Drama. Diese späteren Bemerkungen sind übrigens auch dadurch bemerkenswert, daß sie einen wichtigen Nachtrag zur politischen Entwicklung Robert Blums bringen, die bekanntlich von dem Herrn Sohn mit allen Mitteln des Verschweigens und Verdrehens ins Nationalliberale abgebogen wurde. Semmig bezeugt deutlich, daß der republikanische Robert Blum am Ende seiner so tragisch endenden Laufbahn sich zum Sozialdemokraten, wenn man diesen Begriff bereits für das Jahr 1848 benutzen darf, hinentwickelt hatte. Semmig schreibt: „Als Blum im August 1848 den Rechenschaftsbericht von seinen Wählern in Leipzig ablegte, sah er sich bald von den Anhängern der liberalconservativen Richtung argen Verleumdungen ausgesetzt; in dem Fadeltzug, der nun ihm zu Ehren gebracht wurde, nahmen nur die radikalen Elemente der Bevölkerung teil. Das Hauptkontingent des Zuges hatte die Arbeiterpartei geliefert, das mußte natürlich auf den Gefeierten einen ergreifenden Eindruck machen. Und als nun die Deputation der Arbeiter unter der mächtig wallenden Fahne ihrer Partei ihre ziemlich revolutionäre Ansprache an ihn gehalten hatte, antwortete er ihr in einer stark sozialistisch angehauchten Rede, worin er ausdrücklich erklärte, daß „nun auch dem vierten Stande sein Recht werden müßte". Die Biographie Robert Blums sagt freilich von dieser Rede nichts; ich aber habe sie gehört und jedes Wort vernommen; denn ich stand dem Redner auf der engen Straße gerade gegenüber." Wilhelm Liebknecht, der in einem Blum-Buche energisch gegen die „nationalliberale Hinrichtung" Robert Blums durch seinen Sohn Hans protestiert hat, wird durch dieses Dokument vollauf bestätigt. Am 9. November, dem 75. Todestag des erschossenen Volksmannes, wird über ihn Zusammenfassendes zu sagen sein.

Mensch und Gesellschaft.

Der erste, der, nachdem er ein Stück Grund und Boden eingezäunt hatte, auf den Einfall kam, zu sagen: „Dies gehört mir", und der Leute fand, die einfältig genug waren, um es zu glauben, war der eigentliche Begründer der bürgerlichen Gesellschaft.

*

Mäßigkeit und Arbeit sind die wahren Aerzte des Menschen; die Arbeit reizt den Appetit und die Mäßigkeit verhindert die mißbräuchliche Befriedigung desselben.

Die Jugend soll arbeiten wie ein Bauer und denken wie ein Philosoph, damit sie nicht das müßige Leben eines Wilden führe. Das große Geheimnis der Erziehung beruht darauf, daß man es so einzurichten versteht, daß sich die körperlichen und geistigen Uebungen stets gegenseitig zur Erholung dienen.

*

Leben heißt nicht atmen, sondern handeln; es heißt sich unserer Organe, unserer Sinne, Fähigkeiten, kurz, sich aller derjenigen Teile von uns zu bedienen, welche uns die Empfindung unseres Daseins verleihen. Nicht der Mensch hat am meisten gelebt, welcher die höchsten Jahre zählt, sondern derjenige, welcher sein Leben am meisten empfunden hat.

*

Das Volk läßt sich nicht bestechen, wohl aber hinter das Licht führen, und nur dann scheint es das Böse zu wollen.

Rousseau.

Bücher und Schriften.

E. L. Bulwer, „Die letzten Tage von Pompeji". Stuttgarter Ausgabe. Neubearbeitet von K. Walther. Vierzehnte Auflage in neuer, schöner Ausstattung. 28½ Bogen Umfang und 12 Kunstdrucktafeln. Halbleinenband. Tagespreis: Der Preis vom 19. Februar betrug 3000 Mk. — Ein glänzendes, farbenreiches Bild römischen Lebens mit seiner Genußsucht, seinen Zirkusspielen gibt Bulwer in seinem berühmten klassischen Roman „Die letzten Tage von Pompeji". Das ist eine Schöpfung, die nicht nur außerordentlich fesselt, fordern auch in den Geist früherer lebensfroher Zeiten einführt. Der Angelpunkt des Romans ist der Vesuvausbruch im Jahre 79 n. Chr., dem die Städte Pompeji und Herculanum mit nahezu der gesamten Einwohnerschaft zum Opfer fielen. Das furchtbare Ereignis, das den Ausgang dieses spannenden Zeitgemäldes bildet, ist von Bulwer unübertrefflich und mit erschütternder Tragik dargestellt. Hochdramatische Handlung, u. a. die beginnenden Christenverfolgungen unter Kaiser Titus, sowie eine Fülle geschichtlicher Episoden sind zu einem überaus packenden, jeden in seinen Bann nehmenden Liebesroman vereinigt, den Generation um Generation mit gleich großer Begeisterung liest. Die bei Dieck u. Co. in Stuttgart erschienene ungekürzte Ausgabe verdient vollstes Lob und ist allen Freunden eines wirklich guten historischen Romans zu empfehlen. R. ch.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute 7½ Uhr findet die Erstaufführung der Oper „Die tote Stadt" von Korngold statt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Oper keine Ouvertüre hat und daß das erste und zweite Bild durchspielen. Eine Pause findet erst nach dem zweiten Bilde statt. Vorher können Zuspätkommende nicht eingelassen werden.

Im Thalia-Theater geht am Sonntagabend 7½ Uhr der Schwank „Der getreue Eckehardt" in Szene. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230309-11/fragment/page=0002

Deutschlands Viehbestand.

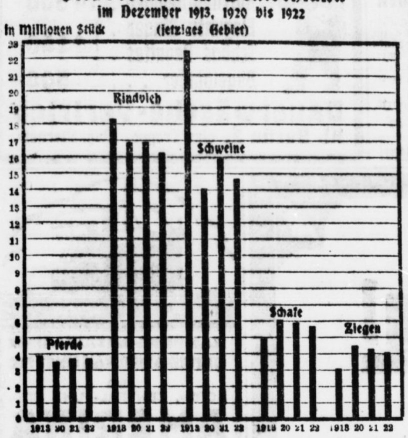
Die am 1. Dezember 1922 durchgeführte allgemeine Viehzählung hat nach den vorläufigen Feststellungen für das Gesamtgebiet des Deutschen Reichs (ohne das Saargebiet) folgenden Stand der Viehhaltung gegenüber dem Jahre 1921 und dem letzten Vorkriegsjahr 1913 ergeben:

Der Viehstand im Deutschen Reich.

Tiergattung:	1. Dez. 1922	1. Dez. 1921*)	1. Dez. 1913*)
Pferde	3 647 977	3 665 982	3 807 057 **)
Rindvieh	16 806 474	16 790 699	18 475 804
Schweine	14 682 622	15 817 819	22 534 407
Schafe	5 566 066	5 891 029	4 987 830
Ziegen	4 135 950	4 295 548	3 164 250
Gänse	5 385 440	5 578 800	
Enten	1 678 844	2 016 100	71 879 656 ***)
Hühner	58 020 408	60 165 530	
Kaninchen	3 154 904	4 428 759	—
Bienenvölker	1 829 092	1 980 382	2 301 594 ****)

Viehbestand in Deutschland

im Dezember 1913, 1920 bis 1922



Während im Jahre 1921 trotz des schon ungünstigen Ausfalls der Futtermittelernte noch eine Zunahme wenigstens der Bestände an Großvieh gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen war, ist jetzt erstmals nach Kriegsende durchweg ein allgemeiner Rückgang der Viehhaltung eingetreten. Die auch im Jahre 1922 wieder gering ausgefallene Futtermittelernte hat eine weitere Einschränkung des Viehstandes bewirkt, an der nun auch das Großvieh stark beteiligt ist. Nebenher dürften auch die steigenden Viehpreise mitunter zu einer verstärkten Abstoßung Veranlassung gegeben haben. Am schwersten ins Gewicht fällt die Abnahme der Bestände an Rindvieh, Schweinen und Schafen, der hauptsächlichsten Nutztiere für die Fleisch- und Fettversorgung, mit einer Minderung um 2,9 Prozent, 7,2 Prozent und 5,5 Prozent gegen das Jahr 1921. Von erheblicher Bedeutung ist ferner auch der Rückgang der Ziegenhaltung um 3,7 Prozent und die Verringerung im Bestande an Federvieh mit 4,0 Prozent, darunter an Enten sogar um 16,7 Prozent. Am wenigsten betroffen wurde von der allgemeinen Einschränkung des Viehstandes noch die Pferdehaltung, die sich im Durchschnitt für das Reichsgebiet nur um 0,5 Prozent verringert hat.

Vom Standpunkte des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft erscheint dieser allgemeine Rückgang des Viehbestandes um so bedenklicher, als gegenüber dem Vorjahr 1921 durchweg auch eine Abnahme der Nachzucht an Tieren in die Erscheinung tritt, und zwar gerade an jenen, die für die Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung von besonderer Bedeutung sind. Neben einem starken Rückgang der Jungrinder ist besonders empfindlich die Abnahme der Milchkühe, die eine beträchtliche Schmälerung in der Grundlage der ohnedies schon ungenügenden Milchversorgung bedeutet. Weiter hat sehr stark nachgelassen die Aufzucht an Schweinen, während die Verhältnisse für die Nachzucht von Pferden günstiger liegen.

Im Vergleich mit den Ergebnissen der Vorkriegszeit bleibt der gegenwärtige Stand der deutschen Viehhaltung bei allen Tierarten mit Ausnahme der Schafe und Ziegen, deren Bestand noch um 12 Prozent bzw. 31 Prozent höher ist, ganz beträchtlich zurück. Gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr ergibt sich ein starker Ausfall vor allem im Bestand an Schweinen (um rund 35 Prozent) und an Rindvieh (um rund 12 Prozent), darunter an Kühen um rund 10 Prozent. Weniger beträchtlich ist der Rückgang an Pferden, der im Durchschnitt für das ganze Reich gegen 1913 4,2 Prozent beträgt.

*) Auf den Reichsumfang vom 1. Dezember 1922 umgerechnet. — **) Einschließlich Militärpferde. — ***) Federvieh zusammen nach Zählung vom 2. Dezember 1912. — ****) Zählung 1912.

Das Konsortium für die Ausgabe der Dollar-Schatzanweisungen ist jetzt gebildet worden. Es besteht aus einer größeren Anzahl von Banken und Bankiers. Diese wirken als Zeichnungsstellen bei der Auflegung der Anleihe mit und haben gleichzeitig die vorgesehenen Zeichnungsgarantien für die Hälfte des aufgelegten Betrages übernommen.

Devisenkurse.

	Heute Mark (Geld)	8. 3. 23 Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	8100	8040
1 dänische Krone	3940	3870
1 italienische Lira	970	970
1 Pfund Sterling	97000	95500
1 Dollar	20500	20200
1 französischer Frank	1240	1230
1 Schweizer Frank	3840	3770
1 tschechische Krone	600	600

Tendenz: befestigt.

Gewerkschaftsbewegung.

Was beabsichtigt die Regierung?

Vom ADB. wird uns geschrieben: Die geplante Besprechung des Reichsfinanzministers mit den Vertretern der Beamtengewerkschaften hat noch immer nicht stattgefunden. Inzwischen hat Ministerialdirektor v. Schlieben vom Reichsfinanzminister den Auftrag erhalten, einen Verhandlungstermin festzusetzen. Ueber die Absichten der Regierung herrscht noch immer Unklarheit. Jedenfalls ist bis zur Stunde noch kein Versuch gemacht worden, die Pressemeldungen, die davon sprachen, daß die Märzbezüge nicht erhöht werden sollen, zu widerlegen. Die Erregung unter der Beamtenschaft hat in den letzten Tagen dauernd zugenommen. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden mit Anfragen über die Aussichten der Teuerungsaktion bestürmt. Es erscheint ausgeschlossen, daß der bisher bekannt gewordene ablehnende Standpunkt von der Regierung aufrechterhalten werden kann.

Die drohende Streikgefahr in Berlin

hat sich zwar um ein geringes vermindert, ist aber noch nicht geschwunden. Die Holzarbeiter sind mit den Unternehmern zu einer Einigung gekommen. Sie erhalten für die erste Märzwoche eine Lohnerhöhung von 22 Prozent und für die zweite Woche eine neue Erhöhung um 16 Prozent. Für die dritte Woche werden neue Verhandlungen angebahnt. Besonders kritisch ist die Lage nach wie vor in der Metallindustrie. Wenn hier nicht im letzten Augenblick eine Einigung erzielt werden kann, wird am Montag der Streik beginnen. Das bisher weitgehendste Angebot der Unparteiischen sah eine Streichung der in Höhe von 5000 bis 15 000 Mark gewährten Vorschüsse vor. Auch in der Bauindustrie ist die Situation sehr ernst. Desgleichen bei den Angestellten der Hoch- und Untergrundbahnen, deren Direktion jede Verhandlung ablehnte. Die im Fleischergewerbe und in den Speichereibetrieben Beschäftigten befinden sich bereits im Streik.

In der Zigarren- und Zigarettenindustrie fanden zentrale Lohnverhandlungen statt, die eine Erhöhung der Löhne um 31 bis 35 Prozent erbrachten.

Aus dem hallischen Gewerkschaftsleben.

Die Bauunternehmer provozieren den Lohnkampf.

Die Verhandlungen am Mittwoch sind vollständig ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer lehnen eine nochmalige Tagung des Bezirkslohnamtes mit der Begründung ab, daß sie den Lohnsatz, den der Unparteiische vorgeschlagen, nicht zahlten können und daher, weil sie von Stadtrat Velthuysen einen andern Spruch nicht erwarten können, diesen als befangen ablehnen müssen. Um aber etwas zu tun, wollen sie den Bauarbeitern die Gnade erweisen und bei der jetzt fälligen Lohnzahlung 1200 Mk. Spitzenlohn als Abschlag auf die endgültige Lohnerhöhung zur Auszahlung bringen.

Dieser Gnadenbeweis wird in den Kreisen der Bauarbeiter die entsprechende „Anerkennung" finden. Die „Lust und Liebe" zur Arbeit wird wesentlich gefördert und dadurch das „Bauen" endlich einmal billiger werden. Die Unternehmer aber, die das Mittel zur Verbilligung der Bauten, das sie bisher nicht finden konnten, dadurch entdecken, daß sie den Lohn niedrig halten, haben sich einen neuen Ehrentitel verdient, der ihnen hoffentlich nicht vorenthalten wird. Regierungspräsident, Genosse Bergemann, der sofort eingegriffen hat, ist sofort beim Arbeitsminister vorstellig geworden, um noch in letzter Minute eine Verständigung in die Wege zu leiten. Dessen Maßnahmen stehen aber aus, doch ist damit zu rechnen, daß das Bezirkslohnamt oder eine vom Arbeitsminister eingesetzter Schlichtungsausschuß noch in dieser Woche tagen wird und durch einen Schiedsspruch den Abschluß der Bewegung herbeiführt. K

In welche Organisation gehört der kaufmännische Lehrling?

Die Schulentlassung steht vor der Tür. Zahlreiche Jugendliche werden auch in diesem Jahre den Entschluß gefaßt haben, im Handel, in der Industrie oder bei den Behörden eine Tätigkeit als kaufmännische Lehrkraft oder jugendlicher Bureauangestellter zu übernehmen. Es ist notwendig, zu dieser Entscheidung fachmännisch beraten zu werden, und es ist vor allen Dingen notwendig, Rückgrat bei einer Organisation zu haben. Der Platz für die Kinder der Arbeiterschaft ist nicht im DHV. (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband) oder im Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellten, die in ihrem Zusammenschluß im Deutschen Gewerkschaftsbund offen und versteckt gemeinsame Sache mit der Reaktion machen. Kinder von Arbeitereltern gehören auch nicht in den Gewerkschaftsbund der Angestellten, der den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften angehört und infolgedessen für eine zielklare Angestelltenpolitik auch nicht zu haben ist.

Der Zentralverband der Angestellten gehört dem Allgemeinen freien Angestelltenbund an, der seinerseits wieder mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund im Vertragsverhältnis steht. Der Zentralverband der Angestellten sorgt und kämpft für würdige Behandlung und angemessene Bezahlung der Lehrlinge und jugendlichen Angestellten. Er kämpft vor allen Dingen gegen die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft und erstrebt angemessene Urlaubszeiten und Arbeitszeit. Wir bitten alle Arbeitereltern, ihre Söhne und Töchter unserer Organisation zuzuführen.

Zentralverband der Angestellten. Gau Mitteldeutschland.
Halle, Harz 42/44.

Aus aller Welt.

Dänische Behinderung eines schwedischen Leichentransports.

Die „Möglichkeit eines Zollvergehens"

Kiel, 6. März.

Als im hiesigen Hafen der Dampfer „Nord" der Reederei Athos in Helsingborg seine Ladung löschte, riß eine Trosse und erschlug den ersten Steuermann Karl Peterson aus Nynäshamn. Die Leiche sollte über Korsör nach der Heimat überführt werden. Während nun die deutschen Behörden anstandslos die Genehmigung erteilten, verweigerte der dänische Generalkonsul Ode in Hamburg die Erlaubnis zum Transport der Leiche über dänisches Gebiet. Er begründete seine Entscheidung mit der Möglichkeit eines Zollvergehens. (!) Die Leiche des verunglückten Seemanns mußte nun, nachdem gestern abend in der schwedischen Kirche unter Teilnahme von Vertretern der Deutsch-schwedischen Vereinigung und der Germaniawerft eine Trauerfeier abgehalten wurde, nach Holtenau gebracht werden, um an Bord des heute den Nordostseekanal passierenden Dampfers „Hilma Bismarck" (Bestimmungsort Helsingborg) die letzte Fahrt anzutreten.

Raubmordversuch im Personenzug Schneidemühl—Berlin.

Ein kühner Raubmordversuch wurde heute früh zwischen 5 und 6 Uhr in dem Personenzuge Z 348 zwischen den Stationen Dahmsdorf—Müncheberg (Ostbahn) verübt. In einem Abteil dritter Klasse wurde ein Kaufmann von einem Mitreisenden, einem Unbekannten in Reichswehruniform, überfallen und durch Bajonettstiche schwer verletzt. Als der Zugkontrolleur dem Bedrängten zu Hilfe eilte und die Notbremse zog, sprang der Unbekannte aus dem Zuge und entkam im nahen Walde. Der Ueberfallene wurde von Strausberg aus nach dem Krankenhaus Rüdersdorf gebracht. Es ist, wie verlautet, der 40jährige Kaufmann Waldemar Michelsohn aus Hamburg. Der Täter hat ihn halb erwürgt und ihm mehrere Stiche am Kopf, Hals und Beinen beigebracht. Geraubt ist nur der Mantel.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches und Provinz: Gottlieb Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallische Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle (Saale), Harz 42/44.

Die ewig Hungernden.

4 Ein Roman aus Mansfelds Not von F. Ginstermann.

Auf der Straße trippelte ein Kind; vierjährig kaum, ein Fäustchen im Munde. Blonde Strähnen fielen über die ... Ohren.

Wohin es wolle, fragte Anders.

„Zum Papa."

Wo er sei.

„Mama sagt, Papa kommt nicht wieder. Er ist im ..."

Das Kindchen trippelte zur Schenke, stellte sich auf die Zehenspitzen und lugte durch die Glastür.

„Ist Papa hier?"

Ernst Anders nahm das Kind auf den Arm und trug es zu der alten Lehrerin, die jede Weihnacht durchwachte und auf ihren Sohn harrte, der irgendwo in der Welt umherirrte.

„Schwester Hunzinger, das Kind des verunglückten Häuers Petruschke sucht seinen Vater. Bringen Sie's der einsamen Mutter."

Ueber das vergrämte, erschrockene Gesicht ging ein Leuchten; die Augen feuchteten sich.

„Ich danke Ihnen, Ernst Anders, daß Sie mir es brachten."

VII.

Daheim auf Ernst Anders' Tisch lag ein Brief aus dem Krüppelheim; sein väterlicher Freund schrieb: „Komm zu mir, mein Junge, hier ist viel Arbeit für einen, der viel Liebe mitbringt."

Er schüttelte den Kopf, er mußte bleiben.

Lange stand er diese Christnacht am Fenster und preßte die Stirn gegen die Scheiben.

Sein Herz war schwer und im Innersten erschüttert von Erdenleid und Menschenohnmacht.

Durch sein Hirn brausten die Psalmworte der Pockennarbigen: „Denn es ist hier kein Helfer ..."

Scharf flimmerte der einsame Stern am Mitternachtshimmel.

VIII.

Von der grünen Saale bis hinüber zum Harzgebirge erstrecken sich die beiden Mansfelder Kreise, der See- und der Gebirgskreis. Hell blinkt der Süße See; die Erde trägt Frucht; und unter der Erde haben Jahrtausende kostbares Gestein wachsen lassen, das schimmerndes Silber und rotes Kupfer umschließt. Wenn man die Sommermonde durch die Mansfelder Gaue wandert, dann leuchten vor dem empfänglichen Auge goldgelbe Aehrenbreiten auf, blühende Gärten voller Rosen, grüne, saftige Wiesen, von der Wipper oder der Bösen Sieben durchströmt. Und wenn die Winde vom Süden oder Westen wehen, dann bringen sie aus dem Thüringer Land und von den Bergen des Harzes den Ruch der großen Wälder aus dem Herzen Deutschlands.

Zuweilen aber, von Hettstedt bis Eisleben hinunter, kriechen graue, kriechen schwarze Schlackenhalden ins Land, kahl und öde; nur hier und dort blüht eine einsame Feuernelke aus dem toten Gestein.

Und aus den Schloten, die den Hütten- und Schachtwerken entsteigen, quillt ein dicker, schwefliggelber Rauch, der in Schwaden über dem Lande liegt.

Die Hochöfen brausen; die Röstöfen glühen; Hunderte von Dampfmaschinen rasen in gebändigter Kraft den Sang der gewaltig-ernsten nimmermüden Arbeit.

Unter der Erde, da nie die goldenen Funken der Sonne sprühen, da nie der blaue Schein der ewigen Sterne schimmert, wühlen Tausende und aber Tausende von schweigsamen Männern, graben mit harten Händen das kostbare Blut des Erdenleibes, schürfen ein Leben lang, zäh, unendliche Nächte hindurch, das Edelgestein.

Ein starkes, aufrechtes Geschlecht sind die Mansfelder, breitbrüstig, sehnigen Armes, aber das jahrhundertlange Schaffen in ewiger Nacht zermorscht die stärksten Glieder, macht die Knie matt und die Herzen stumm.

Wer nennt das kostbare Edelgestein sein eigen, wenn es aus den inmitten lachenden Wohllauts und düftereicher Pracht?

Brechende Erdmassen decken den Leib des stummen Kämpfers. Tiefen des Erdenleibes emportaucht; wer denkt des stummen Kämpfers, wenn es im festlichen Glanze ungezählter Kerzen blinkt

IX.

Die sirrenden Drahtseile glitten lautlos, leise zitternd in die Tiefe, hielten mit kurzem Ruck auf der Sohle, stiegen auf und stürzten sich von neuem in den Abgrund.

Heiß und schwül war die Luft in den Stollen. Mit blauem Schein glommen die Flammen der Grubenlampen. Die Spitzhacke biß sich knirschend in das zähe Gestein, und das Dröhnen ferner Sprengschüsse rollte dumpf grollend unter der Erde hin.

Zäh, mit bitterm Ernst, brach der alte Märten seine Schiefer los, acht Stunden nun schon. Mit dem nackten, behaarten Arm, dessen Haut wie Leder war von den Schrammen des scharfkantigen Gesteins, fuhr er über die dampfende Stirn.

Ein heiseres, trockenes Husten klang hinter seinem Rücken; dort hackte der graubärtige Karl Petruschke, der Vater des erschlagenen jungen Häuers.

„Trink ei Schluck, Korl, aas meiner Pulle; ich glaabe, es is nach ei Treppchen drinne."

„Lohs nor, Märten; seit mich de Schewern*) aaf de Brust gefallen sinn, wäre ich dän ohlen Husten nich lus unn dä Stiche imn Kreize. Es wärrd aach sachte Zeit, daß märr heim giehn."

„Wor'm biste noch niche beim junken Dukter gewäst; versuch's ei mohl."

„Där ohle hat mich nausgetoffelt und Faulänger geschumpt."

Mit harten, zitternden Händen griff er in das rauhe Gestein. Die ganze Schicht hatte er noch nichts gegessen; seine Frau hatte für die letzten Groschen dem Kinde der Schwiegertochter einen warmen Rock gekauft; die junge Frau war guter Hoffnung, als sie den Erschlagenen heimtrugen, und konnte nicht arbeiten.

Ein junger Häuer, schlank aufgeschossen, mit rötlichem Spitzbart, trocknete sich die offenstehende nasse Brust.

„Glick aaf, ihr ohlen Väter. Worum sidder gästern nich mit bogewäst; ibber hunnert Bärkleite sinn inn Bärband getreten."

Der alte Märten brummte.

„Dos kustet aach widder Gäld. Unn ietwerhaapt fiehrt dos ze nischt Guten. Hälfen tut's doch nischt."

„Hoho, ihr sullt schun siehn! Ei poor Reichstreie wohrn aach do. Die zoken ellig lange Labben**) unn hamm hernoch am laatesten gebrillt."

Aus einem Quergang tauchte eine Grubenlampe auf; der Obersteiger Schimpf ging durch die Stollen. An den blondbärtigen jungen Häuer trat er heran und sagte in gezwungen gleichgültigem Tone:

„Hutig, Sie können nach Schicht ins Kontor kommen."

Der Spitzbärtige stutzte einen Augenblick; dann hatte er begriffen.

„Se kenn's mer dach aa glei hier ungene sahn, Härr Obersteier: ich sull wuhl aa gekindigt wärn?" (Fortsetzung folgt.)

*) Schiefer. **) Gesichter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230309-11/fragment/page=0003

Wer zahlt für
Lumpen?
200 Mk. per Kilo

VSPD
Halle u. Bezirk Merseburg
Sekretariat: Halle (Saale), Hara 42/44. Hintergebäude, 2 Treppen :: Fernruf 1029

Parteigenossen: Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Hallo.

Stadtverordnete der VSPD. Sonnabend abend pünktlich 6 Uhr im Gewerkschaftshaus H. L.

Holzweißig. Mitgliederversammlung in Häsers Lokal. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag des Genossen Thüle. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Löbnitz a. d. Linde. Sonnabend 7½ Uhr Versammlung. Lichtbilder-Vortrag: „Die Besetzung des Ruhrgebiets". Referent: Albert Guttmann-Halle. Der Referent weilte längere Zeit studienhalber im besetzten Ruhrgebiet und kann deshalb besonders über die dortigen Verhältnisse sprechen. Alle Einwohner von Löbnitz sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Vereinsanzeiger

Halle.

Die Naturfreunde. Stadtheim: Weidenplan 20. Zahlabend: Freitags von ½8—10 Uhr. Jeden Dienstag abend 7½ Uhr: Gruppenabende.

Die Naturfreunde. Heute, Freitag, Probe für Altenburg im „Heim" (Laurentiusstr.). — Sonntag zur Gertrudenheim-Generalversammlung nach Jena. Abfahrt Sonntag früh 5.16. Anmelden heute abend (Mi.). Ausflug in die Kellner Kalkbrüche. Ab früh ½8 Uhr vom Marktplatz (S.*). Besichtigung des Klassenkampfes (Treffpunkt ½10 Uhr Rannischer Platz). — Montag abend ½8 Uhr Weidenplan 20: Fahrerkommission. — Dienstag gegen 8 Uhr im „Heim" (Laurentiusstr.). Altenburgfahrer (für je Besprechung).
* Soll heißen: Süden bzw. Mitte führt.

Deutscher Arbeiter-Abstin.-Bund Ortsgruppe Halle a. S. Sonntag, den 11. März Wanderung nach der Teufelsküche. Treffpunkt vormittags 7 Uhr Wettiner Platz. — Mittwoch, den 14. März, abends ½8 Uhr, im „Volkspark": Mitgliederversammlung. Das Erscheinen aller ist Pflicht. 3370

Stadt-Theater.
Sonnabend, abends 7 Uhr:
Peer Gynt
Sonntag: 3365
Der Barbier von Sevilla

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe
kauft laufend
Metall-Kontor
A. Abramowitz, Schmeerstr. 14, 1. (Kein Laden). 3368

Hauptverkaufsstelle
H. C. Weddy-Pönicke
Halle a. S. :: Leipziger Straße 6.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Uhren Brennstifte, Zähne kauft 3368
A. Sparmann,
Gr. Steinstr. 47 (am Walhalla).

Meier,
Brüderstraße 7, Eing. Kl. Steinstraße, zahlt noch immer die höchst. Preise für
Felle.
Katzen, 3362 auch lebende, sowie sämtl. gegerbt. Felle.

Vervielfältigungen
jeder Art f. Geschäfts- u. Privatzwecke für Vereine u. Verbände w. sauber u. preiswert angefertigt mittels Typenflachdrucker.
Hallesche Bunstempelfabrik
Barfüßerstraße 7
Telephon 5307

Werbt neue Leser!

Wer zahlt für
Papier-Abfälle?
200 Mk. per Kilo

Kleine Anzeigen haben hier den größten Erfolg

Extra-Angebot!
3361

Einsatzhemden . .	9000—
Makohemden . . .	8500—
Barchenthemden .	14500—
Elegante Binder . / Schöne Regattes .	1200—
Bügelbinder . . .	500—

Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2, eine Treppe, Eing. Sternstr.

Der richtige Weg!
führt zu

Wir zahlen stets **Tagespreise**
Von 50 Kilo an freie Abholung!

Filialen:
Augustastraße 17 (Hof)
Breite Straße 34
Ammendorf: Hauptstraße.

Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Triftstraße 24 — **Halle a. S.** — Gr. Brunnenstr. 59.
— Telephon 5659, 4863. —

HAPAG
HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Spalte- und Rauchsaal. Kraftloseige Salon- u. Kajütendampfer
Ihre wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in
MAGDEBURG, Schiffahrtsbüro G. m. b. H., Kaiser Wilhelmplatz 16
Halle a. S., Georg Schultze, Bernburger Str. 33 2741

Die **4ling** Seife
Fabrikat J. Kron, München
Unerreicht in Duft und Güte!

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren.

Zoo 3374
Sonnabend, den 10. März, abends ½8 Uhr:
Geselliger Abend mit Tanz
unter Mitwirkung des Ball. Soloquartetts und des Herrn Konzertsängers Laue.

Gold-
Silberwaren-, Platin-Bruch, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten
kauft
Emil Poenitzsch jun.
Marktplatz 13 (Ecke Talamstr.) 3358

Eine ganze Bibliothek für nur 2600 Mark
erhalten Sie durch das
Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923
Es enthält alles, was man im täglichen Leben rasch wissen muß, z. B. wichtige Rechtsgesetze, Kommunalbesteuerung, Gewerkschaftsgliederung, Statistik, Texte, die gesamte Sozialversicherung, Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsrechtsprechung, Arbeitsvermittlung, Arbeitsnachweise, Betriebsräte, Siedlungsgesetze, Mietsrecht, Steuerrecht, Jugendschutz, Jugendfürsorge, Wirtschaftsbezirke (Kreise, Städte, Kurse, Produktion, Aufnahmefähigkeit usw.)
Beim Zeitungslesen, in der Versammlungsdebatte, beim Studium zu Hause, bei Beratung von Kollegen, beim Schutze eigener Interessen
stets hilft Ihnen schnell und sicher das
Arbeitnehmer-Jahrbuch
In Taschenformat gebunden
Preis 2600 Mark
Zu beziehen durch die
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. d. S., nur Gr. Ulrichstr. 27

Geschäftseröffnung!
Der werten Einwohnerschaft von Halle und Umgegend zeige ich hiermit an, daß ich am heutigen Tage
Alter Markt 32
eine zweite Verkaufsstelle für **Zörbiger Rübensaft** und **Strup-Fabrikate** eröffne und bitte, mich auch in diesem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Fr. Karl Reiche 3367
Alter Markt 32 — Wielandstraße 25

Zum Kochen von Sülze empfehle:
ausgehackte 1 Pfund
Ia. Schweinsköpfe **1200** Mark
sowie prima
Schwarten 3366
Speckecken gesalzen . . Mk. **3300**
Speckecken geräuch. . . Mk. **3500**
Mercinit. **Rindertalg** 1 Pfd. Mk. **3300**
Albert Knäusel

Arbeitsmarkt

Waagenbauer
für Werkstatt und Montage bei hohem Lohn sofort oder später gesucht
Erste Dessauer Waagenfabrik
G. m. b. H., Dessau. 3342

Prima Strickwolle
½ von 3378
2500 Mk.
an empfiehlt
Padaweré Mühlbauer
Olearius-str. 5, am Hallmarkt. Filiale Ludwig-Wuchere-Straße 7.

Werbt neue Leser!

Fische billiges Sonntagsgericht!
aus heute und Sonnabend eintreffenden Waggons.
Nur frischeste Ware.

Kabeljau	ohne Kopf	Pfund	650
Seelachs	ohne Kopf		
Karbonaden	bratfertig	Pfund	850
Knurrhahn	. . . . .	Pfund	450

Ferner: 3376
Goldbarsch, grüne Heringe
Nordsee Nur Gr. Ulrichstr. 58 Tel. 1274 u. 1275
Für Wiederverkäufer, Anstalten usw. bedeutend billiger.
— Täglich großer Versand nach auswärts. —

Zum bevorstehenden 40. Todestag von Karl Marx erscheint auf Veranlassung des Parteivorstandes eine in Tiefdruck illustrierte
Karl Marx Gedächtnis-Nummer
an deren textlicher Ausgestaltung namhafte Autoren wie Renner, Stern, Bernstein, Kautsky, Bröger u. a. mitgearbeitet haben.
Verkaufspreis 200 Mk. (Porto 40,—)
Volksblatt-Buchhandlung
nur Gr. Ulrichstraße 27.

Weißfluß!
kann jede Frau selbst heil. u. vorbeugen. Aufklärungsdame trifft dieser Tage hier ein. Interessenten wollen Adresse unt. V. H. 9 an die Exped. dieser Zeitung niederlegen.

Zeitungsträgerin
für Leuna-Rössen
gesucht. — Meldungen an die derzeitige Austrägerin, Frau **Cöllein**, erbeten.
Verlag „Volksblatt" G. m. b. H.
Halle (Saale).

Wer zahlt für
Bücher u. Zeitungen?
300 Mk. per Kilo

Wer zahlt für
Knochen?
100 Mk. per Kilo

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230309-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 9. März 1923.

Neues in der Krankenversicherung.

Bis 14 400 Mark Grundlohn und 6912 Mark Wochenbeitrag!

Durch die Verordnung vom 27. Februar 1923 sind die Grundlöhne bis zur Höhe von 14 400 Mk. für den Arbeitstag heraufgesetzt worden. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse veröffentlicht deshalb im Anzeigenteil heute die für die Kasse ab 12. März maßgebenden neuen Grundlohnstufen. Die höchste Klasse mit 14 400 Mk. Grundlohn und 6912 Mk. Wochenbeitrag kommt für die Versicherten in Frage, die mehr als 12 000 Mk. am Tage, 72 000 Mk. in der Woche oder 300 000 Mk. im Monat verdienen.

Soll so weiter begraben werden?

Landesgesundheitsrat und Begräbniskosten.

Am 8. März beschäftigte sich im Preußischen Wohlfahrtsministerium ein Unterausschuß des Landesgesundheitsrats unter Teilnahme von Vertretern zahlreicher Behörden und Korporationen mit Fragen des Begräbniswesens, die infolge der großen Verteuerung der Bestattungskosten für weite Bevölkerungskreise erhöhte Bedeutung gewonnen haben. Die Verhandlung ergab, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, daß von seiten des Reichs, des Staates und der Gemeinden der Steigerung des Notstandes die größte Aufmerksamkeit zugewendet ist und daß Maßnahmen zur Milderung dieser Folge unserer allgemeinen wirtschaftlichen Not in die Wege geleitet sind. Ueber die das Gebiet des Gesundheitswesens berührenden Fragen wurde in den Verhandlungen fast volle Einstimmigkeit erzielt und damit eine wertvolle Grundlage für die Weiterarbeit gegeben.

*

Daß die Behörden dem Notstand, der durch die ungeheure Verteuerung der Bestattung hervorgerufen wird, „die größte Aufmerksamkeit zuwenden“, ist zwar sehr schön, aber weder neu, noch unbedingt fruchtbar. Wir tun das jedenfalls schon lange und haben auch mehrmals die Frage erörtert, wieweit der Forderung, Feuerbestattungen ohne Sarg vornehmen zu lassen, stattgegeben werden kann. Leider sind wir nicht einmal in der Lage, festzustellen, ob die Sitzung, von der oben gesprochen wird, sich auch nur mit der Frage beschäftigt hat.

Wohlfahrtsarbeit der Sozialdemokratie.

Gegen die Barbarei der Fürsorgeerziehung! — Mehr Schulzahnpflege! — Sozialisierung des Heilwesens.

Zur zweiten Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums für 1923 haben unsere Genossen im Preußischen Landtage neben verschiedenen Abänderungsanträgen, die z. B. die Summe zur Förderung der

Fürsorge für Kleinkinder und verwahrloste Jugend

auf 5 Millionen Mark oder die Beihilfe für kommunale Pflegeämter und Fürsorgestellen auf 4 Millionen Mark erhöht wissen wollen, folgende Forderungen gestellt:

1. Der Minister für Volkswohlfahrt soll ein Ausführungsgesetz zum § 8 der Kleingartenordnung vorlegen, wonach möglichst Familien auf dem Lande ein bis zwei Morgen Land für ihren Haushalt bewirtschaften können.

2. Die Prügelstrafe in den Fürsorgeanstalten abzuschaffen. Kostentziehung darf als Strafmittel nicht mehr angewendet werden.

3. Das Staatsministerium wird beauftragt, außer den im Etat vorgesehenen kleinen Mitteln 90 Millionen Mark für die Aufrechterhaltung der in Not befindlichen Schulzahnpflege zur Verfügung zu stellen.

4. Das Staatsministerium wird ersucht, die Sozialisierung der ärztlichen Heiltätigkeit in die Wege zu leiten.

Gegenseitige Hilfe!

Die zur Deutschen Notgemeinschaft zusammengeschlossenen Organisationen (darunter der Zentralverband der Invaliden, Witwen und Waisen Deutschlands) erlassen durch die städtische Fürsorgestelle für Sozial- und Kleinrentner einen Aufruf an die **Bevölkerung, in dem es heißt:**

Ein unerhört drückend wirkender wirtschaftlicher Niedergang, dem gegenüber alle staatlichen und privaten Hilfsmaßnahmen allmählich zur Unzulänglichkeit verurteilt sind, zwingt **zum festen** Zusammenschluß aller Gesunden und **Erwerbstätigen im Rahmen** einer Notgemeinschaft, um denjenigen,

eigenen Berufsangehörigen beizuspringen,

die durch den Verlust ihrer Gesundheit, ihres Berufs, ihrer wirtschaftlichen Mittel oder altershalber nicht mehr fähig sind, den Kampf mit den tausend Nöten der Gegenwart allein zu führen. Eine Notgemeinschaft, die dich morgen vielleicht selbst schützen kann, der du heute noch frisch und stark und unbekümmert deinen Geschäften nachgehst, eine Notgemeinschaft, die nicht nur getragen wird von gelegentlichen Gaben, eine Notgemeinschaft, die nicht nur auf die Dauer von Wochen berechnet ist, eine Notgemeinschaft soll es sein, die aus dem Bewußtsein entspringt: Wie ich nicht verlassen sein will in der Stunde der Not, so soll es auch mein einstiger Kollege oder mein Mitmensch nicht sein.

Die erschütternde Statistik der Behörde spricht Bände. Nehme jeder diesen Aufruf so ernst wie möglich. In erster Linie wendet sich der Aufruf an die einzelnen Berufs- und Standesverbindungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ohne Rückhalt Stellung zur Notgemeinschaft zu nehmen. Die Form der Hilfe wird gleichgültig sein. Wer keiner Behörde, keiner Organisation sein Geld anvertrauen will, der teile uns wenigstens die Absicht mit, daß er wirklich helfen will. Notgemeinschaft und Behörde sind gern bereit, den einzelnen Berufsgruppen frühere Berufsangehörige, falls diese das wünschen, zu überweisen. Aber helfen kann und muß jedermann! Wer es nicht materiell kann, wird durch geistige, seelische und andere praktische Anteilnahme seine Mitwirkung sichern können.

Die Jugend ruft!

Unsere Jugend hält am Sonnabendabend 7 Uhr im Thaliasaal eine Werbeveranstaltung ab. Genossen, das ist die Gelegenheit, bei der alt und jung einander nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich treffen. Erscheint zahlreich!

* **Ausstellung von Arbeitsbüchern an Jugendliche.** Die Polizeiverwaltung weist darauf hin, daß die Anträge auf Ausstellung von Arbeitsbüchern bei den für die Wohnung zuständigen Polizeirevieren anzubringen sind. Es muß der Konfirmations- oder Schulentlassungsschein und die schriftliche, vom Polizeirevier beglaubigte Einwilligung des gesetzlichen Vertreters vorgelegt werden, sofern er nicht vorzieht, sein Einverständnis der Dienststelle gegenüber mündlich zu erklären. Falls die schriftliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters nachgewiesen wird, bedarf es bei der Ausstellung nur der Anwesenheit des Antragstellers. Das erste Arbeitsbuch wird kostenlos ausgestellt. Die Ausfertigung von Zweitschriften an Stelle verlorengegangener Arbeitsbücher erfolgt im Polizeiverwaltungsgebäude, Drehhauptstraße 4 I, Zimmer 52.

* **Auskünfte in Frachtangelegenheiten.** Die Eisenbahnfrachten haben eine derartige Höhe erreicht, daß der für eine Sendung, besonders für Stückgut, zu zahlende Frachtbetrag die Erwartungen oft weit übertrifft. Um unliebsame Ueberraschungen zu vermeiden, empfiehlt es sich, vorher Auskunft über die Höhe der Fracht einzuholen. Wer sichergehen will, wende sich an die Güter- oder Eilgutabfertigungen, die jederzeit kostenlos Auskunft geben.

* **Verlorene Postpakete.** Die Postverwaltung hat vom 1. März an den Ersatzbetrag ohne Wertangabe auf 2000 Mk. für jedes Pfund der ganzen Sendung und für eingeschriebene Sendungen auf 8000 Mk. erhöht.

* **Bekämpfung der Metalldiebstähle im Industriegebiet.** Wie der Minister des Innern, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, in einer Verfügung ausführt, nehmen die Metalldiebstähle im mitteldeutschen und rheinisch-westfälischen Industriegebiet in erschreckender Weise zu. Der Minister regt deshalb an, daß die Regierungspräsidenten und Polizeibehörden bei der Festsetzung von Polizeistrafen möglichst hohe Strafbeträge zur Anwendung bringen.

Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Betriebsräte der Gruppe Baugewerbe und Steinindustrie. Sonntag, den 11. März,** vormittags 10 Uhr, im Volkspark, Versammlung. Das Erscheinen aller Betriebsräte, die im Baugewerbe, in Marmor- und Steinwerken, Ziegeleien, Tongruben, Porzellanfabriken usw. beschäftigt sind, ist erforderlich.

* **Der Bezirksmieterrat Halle-Mitte** hält seine nächste Versammlung am Freitag, dem 9. März, abends 7 Uhr, im Restaurant zum „Schwarzen Bär“, Bärgasse 2, ab.

Brotpreiserhöhung im Saalkreis.

Für den Saalkreis ist der Preis des gegen Brotmarken zu verabfolgenden Brotes auf 780 Mk. erhöht worden. Ein Brötchen kostet danach 87 Mk. Die Preiserhöhung tritt am 11. März in Kraft. Sie ist durch die Steigerung der Herstellungskosten bedingt und hängt mit der Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide auf das Dreifache nicht zusammen.

Könnern. Die erste Sitzung der neugewählten Stadtverordneten fand am Donnerstag unter lebhaftem Interesse der Bevölkerung statt. Die Tagesordnung enthielt in der Hauptsache Punkte formaler Natur. Die am 18. Februar abgehaltenen Neuwahlen brachten bekanntlich eine Linksmehrheit. Demgemäß wurde auch das Präsidium, mit Ausnahme des Schriftführerpostens, durch die Linke besetzt. Zum Vorsteher wurde der Kommunist Keller und zu dessen Stellvertreter Genosse Schlüter gewählt. Schriftführer wurde Magistratsassistent Riebe, sein Stellvertreter der Lagerhalter Reißner. Von den beiden Schriftführern war keiner anwesend, so daß Genosse Albrecht helfend einspringen mußte. Die Kommissionen wurden paritätisch besetzt. Bei der Wahl der Armenkommission glaubte der Bürgermeister der Versammlung dadurch ein Schnippchen zu schlagen, daß er betonte, zu wählen sind die beiden Geistlichen usw. Wir jedoch taten die ollen Kamellen damit ab, daß wir uns auf das Verhältniswahlsystem beriefen. Die beiden Herren kommen in Zukunft nicht mehr in Frage. Die vom Kreise gewünschte Wahl des Wohlfahrtsausschusses wurde vertagt. Herr Töpel, der bisherige Vorsitzende, beabsichtigt sein Amt niederzulegen. Die in Betracht kommenden Organisationen sollen erst zu der Sache Stellung nehmen. Nach Erledigung der Wahlen wurde auf unsern Antrag der Beschluß aufgehoben, nach dem ein Drittel der Stadtverordneten zur Beschlußfassung genügt. (Kriegsnotverordnung.) Natürlich war der Beschluß, innerhalb der nächsten Woche erneut eine Sitzung abzuhalten, um die dringendsten Gemeindeangelegenheiten zu erledigen. Zum Schluß wurde sich die Versammlung dahin einig, die Sitzungen in Zukunft abends 7½ Uhr beginnen zu lassen.

Wetter-Voransage.

Sonnabend, 10. März: Ziemlich heiter, trocken, nachts und früh Frost, tagsüber mild.

Sonntag, 11. März: Meist wolkig bis trüb, ziemlich mild, Niederschläge, etwas windig.

Montag, 12. März: Wolkig, zeitweise heiter, mild, etwas Regen. Abends etwas kälter.

Neue Erhöhung der städtischen Steuern.

2½ Milliarden Mehrausgaben der Stadt. • Die Einstellung der Schulheizung soll retten. • 2 Millionen für die Ruhrhilfe. • Neue Mittel für Notstandsarbeiten. • Eine weitere Wasserpreiserhöhung abgelehnt.

Aus dem Haushaltsausschuß.

Für die Deutsche Notgemeinschaft wurden 2 Millionen Mark bewilligt, die in den Nachtragsetat eingestellt werden sollen.

Die bis zum Schlusse des Etatsjahres (Ende März) gegenüber der Summe des Haushaltsplanes eintretenden Mehrausgaben betragen 2 656 243 600 Mark. Es würde ein **Fehlbetrag von 119,6 Millionen Mark** entstehen unter der Voraussetzung, daß die

städtischen Schulen nur bis zum 15. März geheizt

werden. Soll die Heizung bis zum Schlusse des Schuljahres erfolgen, so entsteht ein weiterer Fehlbetrag von 45 Millionen Mark. Zum Zwecke des Ausgleichs soll ein Betrag von

156,3 Millionen Mark durch Steuern gedeckt werden,

während der Rest auf das Rechnungsjahr 1923 übernommen werden soll. — Soweit die Vorlage. Es versteht sich von selbst, daß unsere Genossen sich mit aller Entschiedenheit dagegen wehrten, daß etwa ausgerechnet der Schulbetrieb unter dem Kohlenmangel vorzeitig geschlossen werden sollte. Der Satz in der Vorlage, daß die Schulen ab 15. März nicht mehr geheizt werden, wurde dann auch gestrichen. Interessant war, daß für die Heizung der Schulen im neuen Etat allein die Summe von 800 Millionen Mark eingesetzt werden muß und daß jeder höhere Schüler der Stadt die Summe von **113 000 Mark**, jeder Mittelschüler 69 000 Mk. kostet, welchen Beträgen Schulgelder von nur 10 000 Mk. bzw. 4800 Mk. gegenüberstehen, die sich auch kaum angemessen erhöhen lassen. Schließlich wurde beschlossen, daß die Gewerbesteuer auf 4400 Prozent (bisher 2200 Prozent) mit einem Ertrag von 90 Millionen Mark, die Grund- und Gebäudesteuer auf 52,5 pro Mille (bisher 17,5 pro Mille) bzw. 105 pro Mille bisher 35 pro Mille) mit einem Ertrag von 14 Millionen Mark, und die Betriebssteuer von 900 Prozent auf 1800 Prozent (Ertrag 250 000 Mark.)

ab 1. April 1922 zu erhöhen.

Das bedeutet eine Verdoppelung der Gewerbe- und der Betriebssteuer und eine Verdreifachung der Grund- und Gebäudesteuer. Trotz der erheblichen Belastung blieb nichts weiter übrig, als der Vorlage zuzustimmen. Der weitergehende Antrag des Magistrats, ebenso ein Antrag der Rechten, den ganzen Fehlbetrag auf das neue Etatsjahr zu übernehmen, wurde abgelehnt.

Der Haushalt des Landwirtschaftsbetriebes auf dem Flug- und Exerzierplatz für das Etatsjahr 1921 wurde um rund 873 000 Mk. überschritten. Den Ueberschreitungen, die bewilligt wurden, stehen entsprechende Mehreinnahmen gegenüber. — Bei dem Friedhofsetat (ebenfalls für 1921) wurden Ueberschreitungen von 845 000 Mk. bewilligt.

Die vom Magistrat an der Merseburger Straße errichteten 2 Wohnhäuser mit je 12 Wohnungen — darunter ein Rentnerheim — waren mit 55,8 Millionen Mark veranschlagt, während die Baukosten heute schon mit 97 Millionen Mark angenommen werden können. Die Kosten sollen mit 61,6 Millionen Mark aus den Erträgnissen der Wohnungsbauabgabe gedeckt werden. Der Rest soll aus Landesdarlehen, mit deren wesentlicher Erhöhung gerechnet werden kann, sowie Flüchtlingsbeihilfen und schließlich einer Hypothek in der Höhe des rentierlichen Wertes entnommen werden. Die Vorlage wurde angenommen. — Der für

Notstandsarbeiten

bewilligte Betrag wurde auf 16,5 Mill. Mk. erhöht. Mit einer Staatsbeihilfe von rund 3 Mill. Mk. ist zu rechnen.

Für die Ruhrhilfe werden 2 Mill. Mk. bewilligt. — Der Kinderbewahrungsanstalt St. Pauli werden außer den schon bewilligten 20 000 Mk. 25 000 Mk. neu zugewiesen. —

Die Stadtgemeinde will sich an der vom Staat gegründeten Preußischen Pfandbriefanstalt mit 250 000 Mk. beteiligen. Das Gesamtkapital beträgt 25 Mill. Mk. Beliehen sollen ausschließlich Wohnbauten werden, während landwirtschaftliche Grundstücke von der Beleihung ausgeschlossen sein sollen. Der Zinsfuß soll bei einer Beleihungsgrenze bis 60 Prozent des Wertes 7½ Prozent betragen, darüber hinaus ½ Prozent mehr. Höchstbeleihungsgrenze 90 Prozent. Die Bewilligung der 250 000 Mk. erfolgt aus dem Substanzgelderfonds.

Eine vom Magistrat geforderte Wasserpreiserhöhung um 10 Mk. auf 185 Mk. für den Kubikmeter wurde abgelehnt. Der Ausschuß konnte sich

von der Notwendigkeit nicht überzeugen.

Schließlich wurde noch eine wesentliche Erhöhung der Marktstandgelder vorgenommen. Die vor Jahresfrist beschlossenen Sätze von 1 bzw. 2 Mk. für den Quadratmeter wurden auf 50 Mk. erhöht. Ein Unterschied zwischen Schau- und Verkaufsunternehmungen wird nicht mehr gemacht.

Aus dem Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Wegen versuchter Notzucht

in zwei Fällen war der zweiundzwanzigjährige Bergmann Willi Töpfer aus Volleben angeklagt. Im ersten Falle wurde T., der psychisch belastet zu sein scheint, für schuldig befunden. Er hatte sich an einem vierzehnjährigen Mädchen vergreifen wollen. Er wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Hälfte der Strafe ist durch die Untersuchungshaft bereits verbüßt. Der Rest soll auf die Dauer von 3 Jahren ausgesetzt werden, wenn er dreimal im Abstande von zwei Monaten je 30 000 Mk. zahlt.

Leichtsinnige Schießerei.

Der Bergmann Hermann N. aus Niedermonsfeld hatte einen Marder auf fremdes Jagdgebiet verfolgt und war dabei vom Jagdaufseher angerufen worden. Da N. nicht stehenblieb, gab der Aufseher einen Schuß ab, der nicht traf. Er verfolgte den Fliehenden bis in dessen Haus. Auf der Treppe soll N. nach dem Aufseher geschossen haben. Das brachte ihm eine Anklage wegen versuchten Totschlags ein. Wie der Angeklagte behauptet, ist ihm der Schuß in der Aufregung aus Versehen losgegangen. Die Geschworenen verneinten die Frage nach Totschlagsversuch und sprachen N. des Jagdfrevels und des tätlichen Angriffs unter Versagung mildernder Umstände schuldig. Das Urteil lautete auf ein Jahr und eine Woche Gefängnis. Nach Verbüßung von vier Monaten soll der Rest der Strafe bei guter Führung in eine Geldbuße von 100 000 Mk. umgewandelt werden.

Aus der Provinz.

50 000 Mark Geschäftsanteil.

Die Generalversammlung des Konsumvereins Teutschenthal erkennt, welche Bedeutung einer kapitalkräftigen Genossenschaft zukommt.

Am 4. März fand eine ordentliche Generalversammlung des Konsumvereins Teutschenthal und Umgegend statt. Der Geschäftsführer erstattete den Geschäfts-, der Kassierer den Kassenbericht. Eine Aussprache hierüber fand nicht statt.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Erhöhung der Anteile: Es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Allgemein vertrat man die Ansicht, daß der Anteil erhöht werden müßte. Ein Genosse von der KPD. brachte zum Ausdruck, daß man versuchen sollte, vom Staat zinslose Darlehen zu erhalten, um so die Genossenschaften kapitalkräftig zu gestalten. Nachdem ihm entgegengehalten wurde, daß die Genossenschaften auf dem Prinzip der Selbsthilfe aufgebaut wären und durch Darlehen vom Staate unter dessen Kontrolle gestellt würden, gestand er ein, daß er selbst auf dem Boden der Selbsthilfe stehe. **Auf Antrag der Mitglieder wurde der Geschäftsanteil auf 50 000 Mk. erhöht.**

In der Aussprache über den Antrag auf Anstellung eines dritten Vorstandsmitgliedes wurde anerkannt, daß der Vorstand durch Arbeit überlastet ist, nur glaubte man, daß vielleicht noch billigere Wege zu finden wären. Bei der Abstimmung ergab sich eine Mehrheit für Anstellung des Vorstandsmitgliedes. Aus dem Für und Wider ging hervor, daß es sich hier hauptsächlich um die Personen- und nicht um die prinzipielle Frage handelte. Ueber den Punkt Genossenschaftliches fand keine Debatte statt.

Kreisverbandstag der Kriegsbeschädigten.

Der am Sonntag im Plessa (Kreis Liebenwerda) abgehaltene Kreisverbandstag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten legte Zeugnis ab von de Bedeutung in der Kriegsopferbewegung der Provinz Sachsen. Bei dichtbesetztem Saale und in Anwesenheit sämtlicher Behördenvertretungen eröffnete der Kreisverbandsvorsitzende Philipp (Liebenwerda) die Konferenz. Hierauf ergriff Lehrer Gröber (Naundorf) das Wort zu einer Ansprache über die Vergewaltigung des Friedens an Rhein und Ruhr durch den französischen Militarismus. Die Kriegsopfer erheben gegen diese kriegerischen Gewalttaten flammenden Protest, wenden sich als Opfer des verflossenen Blutbades aber auch gegen jede nationalistische und kriegslüsterne Hetze im eigenen Volke, welche neues Elend und entsetzliche Not über unser gequältes Volk bringen muß und erstreben eine Verständigung der Völker auf friedlicher Basis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230309-11/fragment/page=0005

Hellriegel (Wahrendrück) erstattete den Geschäftsbericht. Der Mitgliederbestand hat eine weitere Erhöhung erfahren und weist jetzt die stattliche Zahl von 2358 auf. Die Kasse schließt mit einem Bestand von 107 911 Mk. bei einer Einnahme von 143 126 Mk. und einer Ausgabe von 35 215 Mk. ab. Das Entgegenkommen des Versorgungsamtes, des Landratsamtes und der Fürsorgestelle bei Auskünften und Wünschen wurde lobend hervorgehoben.

In der Diskussion versicherte Landrat Vogl ein weiteres Entgegenkommen und Zusammenarbeiten der ihm unterstellten Behörden mit den Organisationen.

Ueber die neue Novelle zum Schwerbeschädigtengesetz referierte der Außenbeamte der Hauptfürsorgestelle Merseburg Drebinger. Er gab eine ausführliche Darstellung der einzelnen Bestimmungen und erläuterte die Einstellungs- und Entlassungsgrundsätze in den Betrieben, sowie die Rechte und Pflichten der Arbeitgeber und Beschädigten. Nach der neuen Novelle ist der Einstellungszwang der Schwerbeschädigten in den Betrieben und eine Bestrafung der Arbeitgeber bei Nichterfüllung der Gesetzesbestimmungen möglich. — Der Regierungsentwurf zur neuen Novelle zum Reichsversorgungsgesetz wurde durch ein Referat des Gauleiters Röber (Magdeburg) eingehend erläutert. Leider wird die unsozial wirkende Ausgleichszulage durch den Entwurf nicht beseitigt. Auf der anderen Seite bringt er allerdings wesentliche Verbesserungen. Unter anderem erhöhen sich nach ihm die Teuerungszulagen der Renten automatisch mit denen der Beamtengehälter. Von Wichtigkeit ist weiter die Teilung der Renten in Grund- und Zuschlagrenten. — Einen breiten Raum der Verhandlung nahmen eine große Reihe Anfragen über Renten- und Fürsorgeangelegenheiten ein, welche in ausgiebiger Weise beantwortet wurden. — Verschiedene Anträge wurden dem Bundesvorstand überwiesen. Als Kreisverbandsbeitrag soll ab 1. März ein Zwanzigstel des Bundesbeitrages erhoben werden.

Groß-Kayna. Zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Einheitsfront des Proletariats gestaltete sich die hier am Sonntag stattgefundene öffentliche Volksversammlung. Die Genossin Wackwitz sprach über die politische Lage und die Besetzung des Ruhrgebietes. Gleich zu Anfang ihrer Ausführungen gewann unsere Genossin die zahlreich erschienenen Männer und Frauen für sich, indem sie erklärte, daß nun endlich die Zeit vorüber sein müsse, wo sich Arbeiter untereinander in Versammlungen beschimpfen zum größten Schaden ihrer selbst und zur Freude des Bürgertums. Und als sie im weiteren Verlauf ihrer Rede der Versammlung das Verbrechen des französischen Militarismus und die sich daraus ergebende Möglichkeit eines neuen Weltkriegs vor Augen führte und daß dadurch Elend, Krankheit und Hunger in ungeheurer Schwere über das Proletariat hereinbrechen müsse, da verstummten auch die störenden Zwischenrufe, welche gewisse Personen glaubten machen zu müssen. Als Genossin Wackwitz ihre Rede schloß mit der Aufforderung an die Arbeiter, sich den Rütlischwur zu eigen zu machen, da bewies der allseitige Beifall, daß sich alle Anwesenden mit ihren Ausführungen einverstanden erklärten. Eine aus der Versammlung eingebrachte Entschließung, welche den bedrängten Ruhrarbeitern die vollste Sympathie ausspricht und in der die Anwesenden geloben, den Kampf der Ruhrbevölkerung, solange er im proletarischen Sinne geführt wird, zu unterstützen, fand einstimmige Annahme. In der Diskussion unterstrich auch der kommunistische Diskussionsredner Fiedler die Ausführungen der Genossin Wackwitz. Begeisterter Beifall auch nach dem Schlußwort ließ erkennen, daß die Anwesenden mit dem Verlauf der Versammlung sehr zufrieden waren. Proletarier von Groß-Kayna! In diesem Geiste muß es weitergehen. Schart Euch zusammen unter dem Banner der VSPD., helft mit arbeiten für die Erhaltung der Arbeiterrechte.

Bebra. Mitgliederversammlung der Jungsozialisten. Am Sonnabend fand hier die Mitgliederversammlung der Jungsozialisten von Bebra-Braunsdorf statt. Die seit Jahresfrist bestehende Ortsgruppe hat sich jetzt gefestigt. Lebhafteste Agitation soll jetzt anläßlich der Schulentlassungen betrieben werden. Die in Zukunft stattfindenden Musik- und Diskussionsabende werden im Vereinsanzeiger des „Volksblatt" bekanntgegeben werden. Die Jugendgenossen werden ersucht, dieses ganz besonders zu beachten. In allernächster Zeit wird eine öffentliche Jugendversammlung stattfinden. Die Verbindung mit den in der Nähe liegenden Ortsgruppen soll besser als bisher gepflegt werden. Nach einem kurzen Vortrag des Vorsitzenden über Zweck und Ziele der Jugendbewegung, woran sich eine lebhafte Diskussion anschloß, wurde die Versammlung geschlossen.

Petzkendorf. Schlechte Kameraden. Auf einer hiesigen Baustelle wurde dem Steinsetzer Voigt der ganze Wochenlohn nebst Brieftasche im Wert von etwa 55 000 Mk. gestohlen. Der Verdacht lenkt sich auf einen dort beschäftigten Arbeitskollegen.

Beuna-Ayendorf. Bauarbeiterversammlung. Seit langer Zeit tagte auch hier wieder einmal eine Versammlung der Bauarbeiter. Wie notwendig es ist, in gewerkschaftlicher Hinsicht Aufklärung zu schaffen, zeigten die Ausführungen des Kollegen Wenscheck und die darauffolgende Aussprache. Einmütig waren die Kollegen mit der Entrichtung der beschlossenen Extramarke für die Lokalkasse einverstanden.

Heldrungen. Sport und Chauvinismus. In letzter Zeit konnten wir schon mehrmals beobachten, wie die nationale Richtung auch hier in harmloser Weise Geschäfte zu machen versucht. Deshalb: Augen auf! Die Veranstaltungen des Ausschusses für Leibesübungen boten reiche Beobachtungsgelegenheit. Die sportlichen Vorführungen waren gut, ebenso die Darbietungen von Frl. Jentsch. Das übrige aber, die gemeinsamen Gesänge, Deklamationen und Reden, brachte mehr oder weniger den Kriegsgeist zum Ausdruck. „Was wir verloren, muß wieder erkämpft und erobert werden." Wunderbare Worte eines Pfarrers, welcher nichts von den Schrecken des Krieges gesehen und dessen Herr und Meister nur Liebe und Versöhnung gepredigt hat. Das demonstrative Verlassen des Saales durch einen Teil der Anwesenden beim Gesang des Schlußliedes mag den Herrschaften gezeigt haben, daß die Arbeiterschaft mit anderen Mitteln für wahres Menschentum zu kämpfen gewillt ist.

Eilenburg. Eindrücke und Erlebnisse im besetzten Gebiete. So lautete das Thema, das Genosse Schilling (Leipzig) in einer kürzlich im vollbesetzten Stadthallensaal abgehaltenen Versammlung eingehend erörterte. Die Hauptgründe für den Einbruch der Franzosen und Belgier seien rein wirtschaftlicher Natur. Die Besichtigung von großen Betrieben und Unterredungen mit Industrieleitern und Betriebsräten zeigte, daß ein solch weitläufiger Apparat, wie die großen Werks- und Betriebsanlagen im Ruhrgebiet, sich nicht durch Bajonette regieren lasse, sondern daß deren Funktionieren von der Gutwilligkeit der Arbeiter und Angestellten abhänge. Arbeiter, Angestellte und Beamte, so sagte der Redner, haben sich zuerst von der nationalen Welle beeinflussen lassen, aber bald griff eine besonnenere Auffassung Platz. Er schilderte das Verhalten der kommunistischen Betriebsratsmitglieder der Thyssenschen Werksanlagen, wie sie bei der Rückkehr ihres Arbeitgebers aus der Haft denselben „im Bratenrock und Zylinder" empfingen. Die Sammlungen werden von den Arbeitern und Beamten begrüßt; ihre Vertreter werden über die Verteilung die nötige Kontrolle ausüben. — Für die Aussprache hatte der Vorstand wegen der frühen Polizeistunde eine Redezeit von 25 Minuten festgesetzt, damit auch andere Redner außer dem kommunistischen Dauerredner noch zu Worte kommen. Der aus Halle geholte Redner befolgte aber die alte kommunistische Taktik und kümmerte sich nicht um die Redezeit, so daß die Versammlung ein vorzeitiges Ende fand. — Im Gegensatz zur „Schützenhaus"-Versammlung verlief eine im „Tivoli" abgehaltene öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, in welcher der frühere Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt (Berlin) über das Thema „Deutschlands Wirtschaft und der Kampf an der Ruhr" sprach, äußerst sachlich und anregend. In anderthalbstündiger Rede schilderte Schmidt die Folgen der Besetzung für unser ganzes Wirtschafts- und Finanzwesen, wobei er von den deutschen Reparationsleistungen und den großen Kosten für die Besatzung ausging und darauf hinwies, welch große Ländereien für den Anbau von Lebensmitteln uns entzogen sind. Durch die Mehreinfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen gehe Deutschland dem Ruin entgegen. Genosse Schmidt konnte durch Zahlen nachweisen, wie sich unsere ganze Wirtschaft dem Zusammenbruch nähere. Trotzdem ein großer Teil Versammlungsbesucher sich aus Kommunisten zusammensetzte, wurde eine Aussprache nicht beliebt. Auf eine Anfrage aus der Versammlung, wie es sich mit den Gerüchten in kommunistischen Zeitungen wegen der Zurückhaltung der Kohlensteuer durch die Grubenbesitzer während der Zeit, wo Genosse Schmidt Reichswirtschaftsminister war, verhalte, ging der Referent in seinem Schlußwort in längeren Ausführungen darauf ein und mußten die Kommunisten so manche Pille schlucken. Trotzdem werden solche Verleumdungen immer wieder aufgetischt und verbreitet, in der Hoffnung, es finden sich schon solche, die auf den Leim kriechen.

Wittenberg. Neue Stadträte. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurden die fünf neugewählten Stadträte Zimmer, Klapper, Ziemsen, Rogg und Chemnitz durch den Oberbürgermeister Wurm mit den üblichen Formalitäten eingeführt. Die Einführungsrede enthielt außer den althergebrachten Artigkeiten nichts besonderes. Stadtrat Zimmer gab im Namen seiner übrigen Kollegen das Gelöbnis ab, nach besten Kräften nur für das Wohl der Stadt arbeiten zu wollen. Hierauf erfolgte die Einführung des Kaufmanns Triebel in sein Amt als Stadtverordneter.

Kölsa bei Falkenberg. Ein echter „Stahlhelmbruder". Der Inspektor Arno Bachmann auf dem Gute Kölsa-Grassau ist ein echter „Stahlhelmbruder". Er fehlt bei keiner „Stahlhelm"-Veranstaltung. Und daß er ein äußerst schneidiger Draufgänger ist, bewies er kürzlich dadurch, daß er einen 60 Jahre alten Schäfer des Gutes überfiel, ihn zu Boden warf und solange blindlings auf ihn einschlug, bis er liegen blieb. Aber auch sonst ist dieser Stahlhelmbruder außerordentlich tüchtig. Den zuständigen Lohn, welcher den Arbeitern zustehet, bringt er nicht zur Auszahlung, sondern „verwahrt" ihn in seiner Tasche. Die Landarbeiter behandelt er wie das Vieh. Die Ausdrücke, die er denselben gegenüber gebraucht, stehen in keinem Fremdwörter-Lexikon. Vor kurzem ist er nun von Grassau fort. Wie es heißt, soll er bei Hammer-Lehndorf sein. Hoffentlich findet er dort Arbeiter, mit denen er nicht so umspringen kann, wie mit den Grassauern.

Elsterwerda. Wie Arbeiter auf die Straße gesetzt werden sollen, zeigt ein Vorfall bei der Firma Gröditzer Hammer-Werke, A.-G., Abteilung Elsterwerda. Dieser Betrieb beschäftigt etwa 80 Metallarbeiter. Kurz vor Arbeitsschluß erhielt der Betriebsrat von Dresden, dem Hauptsitz der Firma, die Nachricht, daß vom kommenden Tage an die Woche nur 24 Stunden gearbeitet werden solle. Man wollte diese Anordnung zunächst mit flauer Konjunktur begründen. Als nun die Arbeiterschaft gegen dieses Vorhaben Protest erhob und verlangte, weil viel Arbeiter von auswärts sind, und mehrere die Bahn benutzen müssen, eine Woche ganz auszusetzen und die anderen dafür voll aussetzen zu lassen, lehnte die Firma dieses Angebot ab. Nach langem Forschen des Betriebsrates erklärte dann der Vertreter, daß die Verkürzung nur eine kurze Zeit währen solle. Er legte dann auch die Aussetzungsliste vor, auf welcher etwa 20 Kollegen und Kolleginnen verzeichnet waren. Es sind alles ledige Personen. Können diese vielleicht von der Luft leben? Dieser von der Firma beabsichtigte Zweck dürfte heute schon als verfehlt zu betrachten sein. Wenn man also nur deshalb die Woche 24 Stunden arbeiten lassen will, um 20 Arbeiter brotlos zu machen, dann wird die Arbeiterschaft und deren Organisation mit allen Mitteln diesem Vorgehen entgegentreten. Kollegen, auch hier zeigt es sich; in welch herausfordernder Weise die Unternehmer in der heutigen Zeit gegen die Arbeiterschaft vorgehen. Es ist Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, fest zur freigewerkschaftlichen Organisation zu stehen und sich nicht von einzelnen Provokateuren ins größte Unheil stürzen zu lassen. Für diesen Betrieb gilt nur der Deutsche Metallarbeiterverband.

Bockwitz. Bildungsarbeit des ADGB. Am Freitag der vorigen Woche veranstaltete der Bildungsausschuß des Ortsausschusses einen Theaterabend. Den zahlreich Erschienenen wurde jedoch eine Enttäuschung nicht erspart, als vor Beginn der Vorstellung bekanntgegeben wurde, daß nicht Leo Tolstois „Macht der Finsternis" aufgeführt wurde, sondern der „Wilderer" von Gerstäcker. Das war immerhin kein vollgültiger Ersatz. Es wurde leidlich gespielt. Leider muß gesagt werden, daß trotz der schlechten Zeiten furchtbar viel geraucht wurde. Das war vielen weiblichen Besuchern und auch männlichen Nichtrauchern — Gott sei Dank gibts noch welche — sehr lästig. Wir empfehlen dem Bildungsausschuß, auch nach dieser Richtung bildend und veredelnd zu wirken.

Großthiemig. Abonnementserneuerung. Vom nächsten Monat an, beginnend nach dem 15. März, wollen die hiesigen „Volksblatt"-Leser das Abonnement stets beim Postboten erneuern und bezahlen. Die besondere Einkassierung ist zu umständlich und infolge der Portoerhöhungen auch zu teuer.

Kleine Nachrichten.

Kürzlich passierte es einer Händlerfrau auf dem Markte in **Liebenwerda**, daß sie auf der Rückseite weiße 100-Mark-Scheine mit den „Skatzetteln", den ebenfalls rückseitig unbedruckten 500-Mark-Scheinen verwechselte und als solche in Zahlung nahm. Bei Schluß des Marktes stellte die Frau fest, daß ihr durch diese Verwechslung ein Schaden in Höhe von 75 000 Mk. entstanden war. Der glückliche „Käufer" des Vorstentieres war aber schon über alle Berge. — **Schönebeck.** Durch Freitod endete im Buschwäldchen der wegen Patronenverschiebung auf den Munitionswerken entlassene Armand Volten. — **Wittenberg.** Aus Liebeskummer durchschnitt sich die 33jährige ledige Arbeiterin Amalie Feierle die Pulsader. Fast verblutet fand man sie hoffnungslos auf. — **Ziebigk** bei Köthen. „Hände hoch! Geld heraus!" Mit diesem Ruf stieg der Arbeiter Miglinski hier in ein Zimmer zu zwei Frauen. Eine von diesen entkam, holte Hilfe und man verwamste den Revolverhelden. — **Kranichfeld.** Achtzehn Ferkel warf eine Sau einem hiesigen Landwirt. Wer „Schwein" hat.

Ata
Putz mit Ata Topf und Herd,
Weil's den schönsten Glanz bescheert!
Henkel's Putz- und Scheuerpulver;
für Haushalt, Gewerbe und Industrie
unentbehrlich.
Alleinige Hersteller:
HENKEL & Cie., DÜSSELDORF.
3360

Vergleichen Sie unsere Preise mit anderen Angeboten!

Bettwäsche

Eigene Fabrikation und die Einstellung unseres Betriebes auf reelle Basis setzen größte Leistungsfähigkeit voraus.

Bettbezüge 12500, 16500, 23000 Mk. usw.
Kissenbezüge 4200, 5800, 6500 Mk. usw.
Bettlaken . . . 6500, 8500, 11500 Mk. usw.
Wäschestoffe . 1900, 2500, 3300 Mk. usw.
Stubenhandtücher 1450, 1850, 2300 Mk. usw.
Wischtücher . . . 590, 850, 1350 Mk. usw.
Bunte Bezüge, Tischtücher, Damaste
zu wirklich billigen Preisen.

Durch Anzahlung können Sie sich gekaufte Waren zur späteren Abholung sichern.
Kein Verkauf an Ausländer. — Nur solange Vorrat.

Berliner Bettwäsche-Fabrik
Verkaufs-Filiale Halle, Ludwig-Wucherer-Str. 28
[illegible] Geöffnet von 8—8 Uhr

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung vom 27. Februar 1923 (Reichsgesetzblatt Nr. 16 Seite 158) hat der Kassenvorstand den Grundlohn (§ 19 der Satzung) mit Wirkung vom Montag, den 12. März 1923, an neu bis zur Höhe von 14 400 Mark festgesetzt und zu diesem Zwecke die folgenden Grundlohnstufen den bisherigen angegliedert:

Stufe	Arbeitsverdienst für den Tag	Arbeitsverdienst f. die Woche	Arbeitsverdienst f. den Monat	Grundlohn	Wochenbeitrag
14	bis 4 800	bis 28 000	bis 120 000	4 800	2 304
15	bis 6 000	bis 36 000	bis 150 000	6 000	2 880
16	bis 8 000	bis 48 000	bis 200 000	8 000	3 840
17	bis 10 000	bis 60 000	bis 250 000	10 000	4 800
18	bis 12 000	bis 72 000	bis 300 000	12 000	5 760
19	12 001,01 und mehr	72 000,01 und mehr	300 000,01 und mehr	14 400	6 912

Vom Montag, dem 2. April 1923, an werden die bisherigen Lohnstufen 1 (Grundlohn 60,— Mark), 2 (120,— Mark), 5 (540,— Mark), 7 (900,— Mark), 9 (1500,— Mark), 12 (8000,— Mark) gestrichen, so daß insgesamt 18 Lohnstufen vorhanden sind, die mit der Stufe 1 für Lehrlinge ohne Entgelt und Sozialrentner mit dem Grundlohn von 240,— Mark beginnen.

Mitglieder, deren Grundlohn danach die bisher bei der Kasse vorgeschriebenen Höchstgrenze übersteigt, haben auf die höheren Kassenleistungen erst vom 29. Tage nach dem Inkrafttreten des Vorstandsbeschlusses (7. März) an Anspruch.

Die Arbeitgeber haben der Kasse innerhalb einer Woche die zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Angaben (Lohnmeldungen) zu machen. Zuwiderhandlungen werden gleich denjenigen gegen § 318 RVO. bestraft.

Halle, den 7. März 1923. (3375

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
Kleemann, Vorsitzender.

Schlafzimmer und Küchen
empfiehlt 3232
Möbelfabrik
H. Bergmann,
Fleischerstr. 30/31

Regatta - Flieger-Sportmützen
in groß. Auswahl bei
J. Kaliga,
Große Klausstraße 35.

Volksblatt-
Empfehlenswerte Bücher:
E. J. Gumbel
Vier Jahre politisch. Mord
Heinr. Wandt
Etappe Gent
Buchhandlung

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Tagesordnung
für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 12. März, nachm. 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung:

1. Protest gegen eine Abstimmung. 2. Die in der Sitzung am 26. v. Mts. nicht erledigten Punkte 1, 5, 6, 16 bis 21. — 3. Nachtrag zum Haushaltsplan 1922. — 4. Erhebung einer Verwaltungsgebühr. — 5. Erhöhung des Marktstandgeldes. — 6. Wasserpreiserhöhung. — 7. Beitrag an die Deutsche Notgemeinschaft. — 8. Ruhrhilfe. — 9. Verstärkung der Mittel für Notstandsarbeiten. — 10. Bewilligung eines Zuschusses. — 11. Beteiligung an der Landespfandbriefanstalt. — 12. Bewilligung einer Beihilfe. — 13. Annahme eines Tauschvertrags. — 14./15. Nachbewilligungen — 16./22. Rechnungsentlastungen. — 23. Beschwerde über mangelhafte Straßenbeleuchtung.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Halle, den 9. März 1923. (3371

Der Stadtverordnetenvorsteher.
Keil.

Saalkreis

Mehl- und Brotpreise.

Auf Grund des § 35 des Gesetzes über Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 (RGBl. S. 537) wird zu der Anordnung über Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs gegen Brotmarken vom 9. August 1922 folgender Nachtrag erlassen:

Artikel 1 § 4 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Der Höchstpreis beträgt
für ein Roggenbrot zu 1800 g . . 780 Mk.
für ein Weißbrot zu 85 g . . . 37 Mk.
für 335 g Roggenmehl . . . 140 Mk.
für 335 g Weizenmehl . . . 150 Mk.

Für Zwiebäcke werden Höchstpreise nicht festgesetzt.

Artikel 2: Dieser Nachtrag tritt mit dem 11. März 1923 in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird der Nachtrag vom 21. Februar 1923 aufgehoben. 336

Halle, den 7. März 1923.

Der Kreisausschuß des Saalkreises

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230309-11/fragment/page=0006